

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig voraus zahlbar. Unter Abzug für Deutsch-land, Danzig, Saar- u. Weimergebiete, Österreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 4,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Erdung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einseitige Kopierleistung... Die einseitige Kopierleistung... Die einseitige Kopierleistung...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 4. April 1924

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Dinstons-Gesellschaft, Zepfentstraße Lindenstraße 3

Der Kampf der Eisenbahner.

Als die sozialdemokratische Fraktion im alten Reichstag die Beratung der auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen verlangte und u. a. auch den Antrag stellte, die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter, die Gehälter der Beamten und Angestellten sofort zu erhöhen, beantwortete die Reichsregierung dies berechtigte Verlangen mit der Auflösung des Reichstags. Sie wollte angeblich „ihre“ Sanierungsarbeit nicht zerstören lassen — aber sie beschritt mit der Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge und der Auflösung des Reichstags selbst den Weg, der zur Gefährdung der Sanierungsarbeit führt.

Wenigstens Monate haben sich die Eisenbahnarbeiter mit den geradezu erbärmlichen Löhnen beholfen. Heute ist ihr bewundernswürdige Langmut zu Ende, heute verlangen sie mit Recht, daß sie wenigstens in die Lage versetzt werden, das eigene Leben und das ihrer Angehörigen zu fristen. Die Eisenbahnarbeiter wissen die Not des Reiches zu würdigen. Ohne das wären sie nie in der Lage gewesen, die Entbehrungen und Lasten auf sich zu nehmen, die die jetzige bürgerliche Regierung von ihnen verlangt hat. Bei 54stündiger Arbeitszeit muß sich z. B. ein voll leistungsfähiger Handwerker in Lohngruppe III nach Abzug der Steuern mit 20 M. wöchentlich zufrieden geben. Ein handwerksmäßig vorgebildeter Arbeiter erhält unter den gleichen Voraussetzungen nur 16 M., und ein ungelehrter Arbeiter war das Gehalt bescheiden, mit rund 15 M. wöchentlich auszukommen. In den Lohnklassen D und E gibt es sogar Familienväter, denen Dr. Luther die Aufgabe gestellt hat, sich mit 11 M. wöchentlich zu stellen und Frau und Kinder zu ernähren!

Der Versuch der Eisenbahner, das Rätsel des Reichsfinanzministeriums zu lösen, war vergeblich. Er brachte den Arbeitern Not und Elend, die jetzt nicht mehr zu überbieten sind. Die Reichsregierung hat dafür vorläufig noch kein Verständnis. In ihrer Kabinettsitzung vom Donnerstag vormittag lehnte sie es ab, den Arbeitern in den ersten Lohngruppen 7 Pf. mehr zu geben und für die folgenden Gruppen den Stundenlohn um 6 Pf. zu erhöhen. Sie treibt also gewissermaßen die Eisenbahner in den Streik und wird damit zum Verräter an dem Wert, das sie angeblich nicht gefährden lassen wollte. Gewiß, wo nichts ist, hat auch die Reichsfinanzverwaltung nichts zu geben. Aber wir sind der Auffassung, daß sowohl der Regierung wie den Eisenbahnarbeitern, überhaupt den Angestellten und Beamten, geholfen wäre, wenn das Kabinett den Vorschlag der sozialdemokratischen Fraktion des alten Reichstages zur Erhebung eines gestaffelten Zuschlages zur Einkommensteuer bei Einkommen über 8000 M. jährlich sich zu eigen gemacht hätte. Praktisch hätte das bedeutet, daß die Generaldirektoren der Konzerne und deren Betriebsdirektoren von ihren Gehältern, die jetzt monatlich im Durchschnitt 6000 bis zu 2000 Goldmark betragen, einen Teil zur Milderung des Elends innerhalb weiter Schichten der Bevölkerung abgegeben hätten. Diese Generaldirektoren verdienen heute an einem Tage mehr als ein Eisenbahnarbeiter in zwei Monaten! Die Regierung der Schwerindustrie aber lehnte es trotzdem ab, der von der Sozialdemokratie gewollten Hilfsbereitschaft nachzukommen und beantwortete das Verlangen, der Not der Arbeiterschaft zu steuern, mit der Auflösung des Reichstages. Das Kabinett Marx trifft also allein die Schuld, wenn sich die Eisenbahnarbeiter in der größten Not gezwungen sehen, das letzte Mittel zur Erwerbung besserer Lebensverhältnisse, den Streik, anzuwenden.

Vorläufige Vereinbarungen.

Die Eisenbahnergewerkschaften haben auch am Donnerstag ihre Bemühungen, die Reichsregierung von der Notwendigkeit einer Erhöhung der Löhne für die Eisenbahnarbeiter zu überzeugen, fortgesetzt. Die Verhandlungen drohen zu scheitern, als die Vertreter des Reichsverkehrsministeriums am Nachmittag den Gewerkschaften von dem Beschluß des Reichskabinetts, die am Mittwoch vereinbarte Erhöhung der Löhne abzusehen, in Kenntnis setzten. Die Gewerkschaften verlangten auf Grund dessen erneute Verhandlungen in Gegenwart des Reichsverkehrsministeriums. In dieser Sitzung wurde eine Zusage im Durchschnitt von 15 Proz. vereinbart. Außerdem erklärten sich die Parteien mit Änderungen an verschiedenen sozialen Bestimmungen des Tarifvertrages einverstanden. Diese Vereinbarungen unterliegen nunmehr der Zustimmung des Reichskabinetts. Erklärt sich die Reichsregierung bereit, die Vereinbarungen anzuerkennen, dann ist nicht mit einem Streik zu rechnen, andernfalls aber würde der Konflikt nach Aufhebung aller Gewerkschaften unvermeidlich sein.

Kampfstimmung in Berlin.

Eine Funktionärskonferenz der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Eisenbahnerverbandes faßte gestern Abend einstimmig folgende Entschliessung: „Die Funktionärskonferenz lehnt den angebotenen Hungerlohn des Reichsverkehrsministeriums

ab. Die Eisenbahner sind gewillt, den Kampf mit der übermütig gewordenen Eisenbahnbureokratie aufzunehmen, sobald der Hauptvorstand des DGB. ruft. Die Funktionärskonferenz fordert vom Hauptvorstand die Ablehnung des jämmerlichen Angebots. Sie fordert den Kampf auf breiter Basis, um die Diktatur des Verkehrsministeriums zu brechen.“

Die Lage im Reich.

Hamburg, 3. April. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstagmorgen ist in Groß-Hamburg von der Reichsbahndirektion Altona die Aussperrung sämtlicher Güterboden- und Oberbauarbeiter vorgenommen worden, weil die Arbeiterschaft nach achtstündiger Arbeitszeit den Betrieb verlassen hatte. Es handelt sich dabei nicht, wie die Reichsbahndirektion es darzustellen sucht, um einen Streik der Eisenbahnarbeiter, sondern lediglich um eine Aussperrung durch die Reichsbahndirektion. Der Personenverkehr wird durch diese Bewegung nicht betroffen. Dagegen machen sich im Güterverkehr bereits erhebliche Störungen bemerkbar, von denen besonders der Ueberseeverkehr betroffen wird. Die Reichsbahndirektion hat bereits mitgeteilt, daß sie eine Garantie für eine geordnete Erledigung des Güterverkehrs nicht übernehmen kann. Die Technische Nothilfe hat ihre Helfer zum Einsatz für Freitagmorgen aufgerufen.

Eberfeld, 3. April. (Eigener Drahtbericht.) Im Direktionsbezirk Eberfeld nimmt die Streikbewegung zu. Ein großer Teil des Güterverkehrs stockt, weil wichtige Umschlagbahnhöfe stillgelegt sind. Die Eisenbahnerverwaltung versucht, einen Teil der Güter über Bahnhöfe zu führen, die noch im Betriebe sind. — Die Direktion tröstet die Deffentlichkeit durch die Mitteilung, daß noch nicht 5 Proz. der gesamten Belegschaft des Bezirks im Streik stehen. Es seien nur 700.

Stuttgart, 3. April. (Eigener Drahtbericht.) In Württemberg hat die Ausstands-Bewegung der Eisenbahnarbeiter bisher nicht an Umfang zugenommen. Man erwartet jedoch eine Ausdehnung, falls die in Berlin geführten Verhandlungen nicht zu einem zufriedenstellenden Ergebnis führen sollten.

Cassel, 3. April. (Eigener Drahtbericht.) Im Direktionsbezirk Cassel liegt der Güterbahnhof Soost vollkommen still. Ebenso ist ein Teil des Güterverkehrs über Nordhausen bereits eingestellt.

Sperre der Auslandsreisen.

WIB. meldet: Auf Vorschlag des Reichskabinetts hat der Reichspräsident sich entschlossen, Maßnahmen zu ergreifen, um den Reiseverkehr Deutscher ins Ausland, soweit er nicht um der Gesamtheit des Volkes willen notwendig ist, nach Möglichkeit einzudämmen. Es ist deshalb die Vorschrift des Marksausfuhrverbotes, wonach nicht mehr als 10 englische Pfund = 200 Goldmark in deutschem Geld ausgeführt werden dürfen, mit Wirkung vom 7. April ab auf den Reiseverkehr angewendet. Die Gesamtbegrenzung des mitzunehmenden Geldes auf 500 Mark bleibt bestehen, doch so, daß der Reisende sich die anderen 300 Mark, die nur in ausländischem Geld mitgenommen werden dürfen, nach den in Deutschland gültigen Vorschriften in Deutschland verschaffen muß. Außerdem ist für die Ausstellung der sogenannten steuerlichen Unbedenklichkeitsbescheinigung eine Gebühr von 500 Mark für jeden ausreisenden deutschen Reichsangehörigen vorgezehen.

Befreiung für den notwendigen Wirtschaftsverkehr, für Kindertransporte ins Ausland und einige andere Ausnahmefälle sind zugelassen.

Der Text der Verordnung, die bereits vollzogen ist, wird sofort bekanntgegeben. Bereits ausgestellte Unbedenklichkeitsbescheinigungen verlieren mit dem 10. April ihre Gültigkeit. Es ist Vorsorge getroffen, daß sofort an der Grenze wieder eine verschärfte Kontrolle über das Vorhandensein der hiernach vorgeschriebenen steuerlichen Unbedenklichkeitsbescheinigungen, sowie der Geldbeträge, die mitgenommen werden dürfen, eingeführt wird. Soweit erforderlich, wird daher auch die Zollkontrolle in den Zügen vorübergehend aufgehoben und wieder in die Abfertigungsräume der Grenzbahnhöfe verlegt werden müssen.

Die Reichsregierung mußte sich zu diesen Maßnahmen entschließen, die sie, je eher, desto lieber, wieder aufheben möchte. Das Auslandsreisen hatte aber ein derartiges Uebermaß angenommen, daß die mit der Verbringung großer unproduktiver Mengen deutschen Geldes ins Ausland für die Aufrechterhaltung der Währung verbundene Gefahr einen Ausschub nicht mehr duldet. Dieses übermäßige Reisen ins Ausland gibt auch der Welt, obwohl es tatsächlich zum erheblichen Teil darauf beruht, daß der Aufenthalt im Ausland billiger als im Inland ist, ein völlig falsches Bild von der deutschen Leistungsfähigkeit und hat dadurch zu viel Vergeßnis im Inlande und Auslande Veranlassung gegeben. Da Maßnahmen wie die obengenannten für sich allein eine hinreichende Einschränkung nicht gewährleisten können, so richtet die Reichsregierung gleichmäßig an alle Deutschen die dringende Bitte, die Auslandsreisen soweit sie für den einzelnen nicht lebensnotwendig sind auch aus freiem Entschluß zu unterlassen. Die unterlassenen gesetzlichen Maßnahmen waren nicht zu umgehen da, worüber so alle Deutschen einig sind, nichts unterlassen werden darf, was erforderlich ist, um unsere Währung zu stützen.

Unsolide Finanzwirtschaft.

Luthers Rechtfertigungsschrift.

Reichsfinanzminister Dr. Luther hat unter dem anspruchsvollen Titel „Feste Mark — solide Wirtschaft“ eine Wahlbrochure herausgegeben, die soeben im Verlag Otto Stollberg und Co. (Verlag für Politik und Wirtschaft) Berlin, erschienen ist. In der Sozialdemokratie wird es niemand geben, der Dr. Luthers Bedürfnis, seine Finanzpolitik zu rechtfertigen, nicht versteht, und man versteht sogar, daß dieses Bedürfnis ein sehr lebhaftes und dringendes ist. Unverständlich aber ist die überlegene Geste, mit der Dr. Luther unter vielen Duzend Verbeugungen nach der politischen Rechten, dem Besitz, und fast ohne jeden Hinweis auf die Räte der Volksmehrheit, des arbeitenden Volkes, eine Finanz- und Wirtschaftspolitik feiert, deren Erfolg gerade jetzt und erst recht nach den Mitteilungen des Reichsfinanzministers, umstritten erscheint.

Denn was ist die „feste“ Mark? Die Rentenmark sollte und kann ihrem ganzen Wesen nach nur eine Uebergangslösung sein, ein Schritt auf dem Wege zur Goldwährung. Demnach sind es sechs Monate, daß sie in Geltung ist — eine lange Zeit. Aber fraglich bleibt, ob sie in wenigen Wochen noch volle Geltung haben wird. Tatsache ist jedenfalls, daß sie nur mit den Mitteln rigorosster Kreditbeschränkungen und mit Zwangsregulierungen des Devisenmarktes gehalten werden kann, die auf die Dauer nicht wirken, und daß daher die Ueberwindung dieses Uebergangszustandes dringendstes Gebot ist. Die Arbeit, die der Reichsbankpräsident Dr. Schacht auf diesem Gebiete geleistet hat, verdient gewiß alle Anerkennung, wenn auch die Goldkreditbank, die demnach ihre Tätigkeit aufnimmt, erst ein beständiger Anfang ist, gleichsam ein Vorläufer der Goldnotenbank, die endgültig in dem Bericht der internationalen Sachverständigen enthalten sein soll. Aber die Arbeit Schachts ist nicht die Arbeit Luthers, und der Weg zur Goldwährung erscheint weit und sein Ende unahsehbar, wenn die vorbereitenden Berichte über die Arbeiten des Sachverständigenkomitees von der Regierungspresse mit einer Skepsis aufgenommen werden, die eher auf eine Ablehnung als auf eine Annahme schließen lassen. Ihre Ablehnung läge ja auch ganz auf der Linie der Rechtspolitik, die das Reichskabinett in letzter Zeit verfolgt. Wenn aber keine Goldwährung mit internationaler Hilfe zustande käme? Wo sind dann die Vorarbeiten für die Goldwährung, wo ist dann die feste Mark?

Währungsrechtlich enthält die Broschüre Luthers mit ihrem vielen Einerseits und Andererseits nichts, was auf eine Lösung dieser schweren Frage hindeutet. Mit um so größerem Nachdruck versucht der Finanzminister der parlamentarischen Regierung nachzuweisen, daß im Reichshaushalt alle Grundlagen zur Währungsstabilität enthalten seien. Aber auch der rosigste Optimismus und größtenteils Unterdrückung gegenwärtiger Anregungen können nicht über die nackten Zahlen hinwegtäuschen, die der Goldetat des Reiches für das Jahr 1924 enthält. Dieser ergibt ein Defizit von 437 Millionen, das sich allerdings zu einem großen Teil aus Friedensvertragslasten, insbesondere Befähigungskosten, zusammensetzt. Für irgendwelche laufende Reparationszahlungen, auch für Sachlieferungen, enthält der Etat nichts. Es wäre nun erstärklich, daß man das Loch im Reichshaushalt nicht stopfen kann, wenn man auf der anderen Seite die äußerste Anspannung der Einnahmequellen wahrnehmen könnte. Daß das nicht der Fall ist, dafür bringt Luther selbst Belege.

Das Reichsfinanzministerium berechnet die Belastung der Landwirtschaft mit Steuern auf 17,4 v. T. seines Vermögens. Hinzu kommen noch einige einmalige Abgaben von insgesamt 2,65 v. T. Zusammen ergibt das wenig über 2 Proz., also genau so viel, wie ein Landwirt, der seinen Besitz zur Hälfte mit Hypotheken belastet, diese aber mit entwertetem Gelde zurückgezahlt hatte, vor dem Kriege an Hypothekenzinsen entrichtete! Gewiß, die Lage der Landwirtschaft ist heute eine andere als vor dem Kriege. Dennoch zeigt diese Gegenüberstellung, wie lächerlich gering die steuerliche Belastung der Landwirtschaft durch die „Rot“steuern des Reiches ist. Und wenn Herr Dr. Luther behauptet, daß die Landwirtschaft zwecks Bezahlung der Steuer „in die Substanz eingreift, insbesondere durch Veräußerung von Vieh“, so wird sich der frühere Ernährungsminister hoffentlich durch die gestern erfolgte Veröffentlichung der Statistik der hauptsächlichsten Schlachtungen im 4. Vierteljahr 1923 von dem Gegenteil überzeugen. Diese ergibt nämlich, daß gegen Jahresende die Zahl der Schlachtungen wesentlich geringer war, um ein Drittel und mehr niedriger als im ersten Vierteljahr 1923. Nun mag man sagen, es sei zwar weniger Vieh geschlachtet, dafür aber um so mehr von einzelnen Landwirten an andere Landwirte abgegeben worden. In diesem Fall hätten die Landwirte, die das Vieh kauften, genau so viel mehr an Substanz abgeben müssen. Ein Rückschlag auf eine Substanzverminderung ist dann nicht zulässig.

Dankbar muß man dem Reichsfinanzminister sein für die Feststellung, daß ein Industrieunter-

nehmen mit 6 Millionen Aktienkapital den „erschreckend hohen“ Steuerfuß von ganzen 5 Prozent des Kapitals zu tragen habe. Und wenn Dr. Luther meint, daß ein erheblicher Teil der Steuern durch Aufnahme von Schulden bezahlt werden müsse, so ist doch immer noch die Frage, ob derartige Schulden für Steuerzwecke auch nur einen wesentlichen Teil der in den letzten Jahren erzielten Inflationsgewinne ausmachen würden. Ganz sicher scheint sich der Reichsminister der Finanzen darüber nicht zu sein. Denn sonst würde er nicht so eindringlich betonen, daß man vielleicht doch noch eine Inflationssteuer erlassen würde, und daß diese Frage noch durchaus offen sei. Diese Beteuerung wäre überflüssig, wenn man im Finanzministerium die Wirtschaft wirklich so mit Steuern überlastet hielte, wie es in der Broschüre (natürlich „anderseits“) zu lesen ist.

Luther gibt zu, daß man auf „Fälle von schamloser Genusssucht stößt“. Die Regierung schickt sich an, Vergnügungsreisen ins Ausland zu verhindern. Nach der Letztüre der Broschüre Dr. Luther muß man glauben, daß die Neureichen Genusssucht und Italienreisen mit Eingriffen in die Substanz bezahlen!

Rein, so fertigt man die Forderungen der Arbeiterschaft wirklich nicht ab. Etwas ernster wollen die Forderungen der deutschen Arbeiterschaft denn doch behandelt sein, selbst in einem Zeitalter, wo die „Abwehr des Marxismus“ politische Mode ist.

Aber ebenso wenig wie in der Frage des Staatsausgleichs ist in der allgemeinen Wirtschaftspolitik der Grund zu einer „stabilen Mark“ gelegt. Gewiß, die industrielle Beschäftigung bessert sich. Aber, sagt Luther:

„Auf der anderen Seite enthält der gegenwärtige Wirtschaftsstand noch viel Ungefundenes, zumal in der Preisbildung, trotz größter Bemühungen der Regierung. . . . Unsere Handelsbilanz hat sich sogar verschlechtert, und allgemeine Sorgen um unsere Volkswirtschaft hören nicht auf. . . .“

Also mit einem Worte: die Wirtschaft ist trotz äußerer Stabilität noch durchaus unsolid.

Und unsolid wie die Wirtschaftspolitik und wie die Finanzpolitik gegenüber dem Volk ist es auch, wenn der Reichsfinanzminister Helfferichs Vaterlichkeit an der Rentenmarkt feiert, um schon eine Seite später mit dem früheren Rathos zu betonen, daß erst Genosse Hilferding aus der Roggenmarkt Helfferichs die Goldmark der Rentenbank gemacht hat.

Man sieht, es gibt viel zu widersprechen. Aber im ganzen kann man mit dieser Broschüre und ihren Hoffnungen schon zufrieden sein. Sie unterläßt die Kritik an der kapitalfreundlichen Steuerpolitik des Kabinetts Marg in erfreulicher Weise mit amtlichem Material.

Lersners Schuldfrage.

Fhr. v. Lersner ist vor kurzem aus der Volkspartei ausgeschieden, angeblich weil ihm die Partei nicht weit genug rechts steht. Er begründete den Austritt in einem Schreiben, das heftige Angriffe gegen Stresemann enthielt. Vor allem warf er dem Führer der Volkspartei vor, daß er als Außenminister in der Frage der Schuldfrage verfehlt habe.

Als Antwort auf dieses Schreiben veröffentlichte nunmehr Generalleutnant a. D. v. Schoch in der „Zeit“ einen offenen Brief, in dem er zunächst darauf hinweist, daß gerade Lersner die Volkspartei seit drei Jahren ständig nach links gezogen habe. Was nun die Schuldfrage anbelange, so habe er, Schoch, im Jahre 1922 eine Interpellation der Volkspartei im Reichstag veranlaßt, die die Schuldfrage aufrollen sollte. Lersner habe damals seinen eigenen Namen vor den Schochs an die Spitze der Interpellation gesetzt. Die Interpellation sei immer wieder verschoben worden. Nur dem energischen Einschreiten Schochs sei es zu verdanken gewesen, daß die Interpellation nicht ad acta gelegt wurde. Im April des Jahres 1923 brachten dann die Deutschnationalen eine ähnliche Interpellation ein. Und nun geschah

etwas Unerwartetes. Schoch sagt in seinem offenen Brief wörtlich:

Nun endlich erschien auf der Tagesordnung für den 16. April 1923 die Interpellation der deutschnationalen Fraktion über den gleichen Gegenstand, die unsere ganz ähnlich lautenden fehlte (ebenso die der Demokraten). Ich begab mich zu Dr. Stresemann, der mit mir sofort einig war, daß dies nachgeholt werden müsse, auch die Fraktion war darin einig, bestimmte mich als Redner und beauftragte mich, beim Reichstagspräsidenten zu beantragen, daß unsere Interpellation nachträglich auf die Tagesordnung komme. Ich traute aber meinen Ohren nicht, als mir Lbs sofort erklärte, er hätte es für selbstverständlich gehalten, daß die Interpellation der Deutschen Volkspartei gleichzeitig mit der deutschnationalen besprochen werde, aber Freiberger von Lersner habe dagegen Einspruch erhoben!

Von Schoch zur Rede gestellt, mußte Lersner den Tatbestand zugeben; er versuchte seine Haltung mit der Erklärung zu rechtfertigen, Außenminister v. Rosenberg habe von der Interpellation abgeraten.

Es ergibt sich also damit die eigenartige Situation, daß der Volksparteiler, der im Jahre 1923 die Aktiven seiner Partei in der Schuldfrage verhinderte, heute, ein Jahr darauf, dem Führer der Volkspartei den Vorwurf macht, er habe in der Schuldfrage verfehlt, und damit seinen Austritt aus der Partei begründet. Lersner wird sich zu der Erklärung Schochs äußern müssen, wenn er auf seine moralische und politische Eignung noch einigen Wert legt.

Gefler und der Hakenkreuzrummel.

Mein Name ist — Gaafe . . .

Das „Berliner Tageblatt“ hatte mit Recht dagegen protestiert, daß die amtliche Totenfeier für Dreger unter Duldung der Minister Jarres, Gefler und Kanig zu einer Demonstration für den Hochverrat verzerrt wurde. Darauf antwortet Reichswehrminister Dr. Gefler:

„An den Vorbereitungen der Feier war ich in keiner Weise beteiligt, zumal ich erst am Montagfrüh von meiner bayerischen Reise zurückgekehrt bin. Ich habe als Vertreter der Reichsregierung an der Trauerfeier im Fürstensaal des Anhalter Bahnhofes teilgenommen, die würdig und einwandfrei verlief. Daß hierbei die Offiziere der ehemaligen Armee in ihrer allen Uniform erschienen sind, ist nach den geltenden Vorschriften nicht zu beanstanden, ebensoviele, daß ein junger Mann im Sportkostüm (Windjacke mit schwarzweißer Kordel) (Daß der Mann auch das Hitler-Kreuz auf schwarzweißer Armbinde trug, hat Dr. Gefler wohl übersehen? Red.) auf einem Kissen das Eisener Kreuz und die Ehrenzeichen des Toten trug. Als diese Feier zu Ende war, bin ich in mein Auto gestiegen und nach Hause gefahren. Die höchst bedauerlichen und höchlich bedauerlichen Vorgänge auf der Straße, die sich an diese Feier dann anschlossen, entziehen sich meiner Kenntnis und Kompetenz. Gegen sie einzuschreiten, war Sache der Polizei. Die von Ihnen erwähnte Meldung eines Berliner Blattes, daß unter den Verhafteten sich ein Reichswehroffizier in Zivil befand, ist falsch. Richtig ist nur, daß einen Tag vorher bei einer Bismarckfeier ein junger Mann in Zivil verhaftet worden ist, der vorgab, Reichswehroffizier zu sein, was aber nicht zutrifft.“

Reichswehrminister Gefler flüchtet sich damit in die Position, die seinen Landsmann Kahr während des Hitler-Praxises zu einer nicht gerade rühmlichen Figur machte. Immerhin deuten seine Worte an, daß ihn die Regie des Herrn Jarres peinlich berührt hat. Minister Jarres hält es offenbar mit der „Deutschen Zeitung“, die die Ansicht vertritt: „Die schwarzrotgelben Fahnen hatten an seinem (Dreger's) Sarge nichts zu suchen. Ihr Erscheinen ist eine ungeheure Taktlosigkeit gegen den Toten und gegen dessen Angehörige.“

Deutschvölkische Reichswehrmusik.

Nach einer auch von uns wiedergegebenen Meldung hatten sich die Deutschvölkischen in Medienburg Reichswehrmusik mit Dauervertrag für ihre Wahlveranstaltungen verpflichtet. Wie amtlich gemeldet wird, hat jetzt der Reichswehrminister das Spielen der Militärkapellen bei allen öffentlichen

Beranstellungen von Vereinen und anderen Organisationen bis zum 3. Mai, also bis nach den Reichstagswahlen, verboten. Damit wird indirekt zugegeben, daß die Reichswehr in Potsdam ihre Musikanten in den Dienst der deutschvölkischen Wahlkämpfe gestellt hat. Daß es bei der Reichswehr allenthalben Musikanten gibt, weiß man ja nicht erst vom Hitler-Projekt her. . . .

Dinter gegen Wulle.

Die Diktatoren prügeln sich.

Um die Disziplin ist es bei der Partei, die dem Volk wieder den militärischen Kabalgewalt bringen will, immer besonders schlecht bestellt gewesen. In keiner Partei sind Intrigen, Stänkereien und Unanständigkeit so zu Hause, wie bei der Deutschvölkischen Freiheitspartei. Augenblicklich ist bei ihr eine große Holzerei um die Reichstagsmandate im Gange. Arthur Dinter, offenbar übermäßig gemacht durch die Erfolge bei den thüringischen Landtagswahlen, führt seine Thüringer Kampagne zum Generalkrieg gegen die Berliner Oberleitung vor. Er lehnt eine Reichstagskandidatur von Wulle ab, die an gewisse Bedingungen geknüpft war, ab und läßt sich von seinen Freunden in Oberhessen als Spitzenkandidat ausstellen. Außerdem läßt er durch einen Ausschuß des völkisch-sozialen Blocks in Thüringen die Abfechtung des gegenwärtigen Landesleiters Frhr. v. Marschall und die Aufstellung einer neuen Kandidatenliste mit Dinter an der Spitze betreiben.

Der Zweck der Übung ist es, die gegenwärtige Leitung der Deutschvölkischen Freiheitspartei, also die Wulle, Henning und Graefe-Goldebee, abzufügen. Diese Herren, so läßt er erklären, seien zu unbefonnen. Er behalle sich den Austritt aus der von ihm selbst gegründeten Deutschvölkischen Freiheitspartei vor, wenn die Partei sich nicht seinem Willen beugen sollte.

Man darf neugierig sein, wie die Wulle und Henning den Hieb parieren werden und wer der Ueberlebende in diesem Kampf auf Leben und Tod sein wird. Daß die Deutschvölkische Freiheitspartei, dieses Gemenge zusammengekaufter Elemente, in dem jeder die erste Rolle spielen möchte, keinen Bestand haben wird, ist vorauszusetzen.

Emminger-Krise?

Bayerische Antwort an das Zentrum.

München, 3. April. (Eigener Drahtbericht.) Die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ schreibt zu der Kampfanzeige des Zentrums:

„Die bayerische Volkspartei steht dem angekündigten Einbruch des Zentrums mit vollkommener Ruhe entgegen. Die politische Begründung, welche die „Germania“ dem Beschluß der Parteileitung gegeben hat, ist wohl der schlechteste Empfehlungsbrief, den sich die in Aussicht genommenen Zentrumskandidaten für Bayern ausstellen lassen konnten. Das Zentrum will offenbar gegen die föderalistische Grundpolitik der Bayerischen Volkspartei Sturm laufen. Denn es kündigt gleichzeitig den Kampf gegen die Verfassung an. Den Vorwurf, die Bayerische Volkspartei sei immer mehr ein Anhängel der deutschnationalen Regierung, erhebt man in einer Zeitsperiode, wo die Bayerische Volkspartei in vorderster Linie den Kampf gegen jene dunklen Mächte führen muß, die sich gegen die Staats- und Kulturideale erhoben haben, aus die ein Windhorst die deutsche Zentrumspartei gegründet hat. Der Ausgangspunkt der Kampfanzeige ist der abstoßende Beschluß, den die Bayerische Volkspartei der Reichsregierung des Zentrums offiziell und schriftlich in der Angelegenheit Hoffmann-Ludwigshafen gegeben hat.“

Die Konsequenzen, die sich aus dem Schreiben des Zentrums für ein weiteres Verbleiben Emmingers im Reichskabinett notwendigerweise ergeben, scheint die Zentrumsparteileitung nicht bedacht oder auf die leichte Schulter genommen zu haben.“

Danach scheint es, als ob die Bayerische Volkspartei die Absicht hätte, sich aus der gegenwärtigen Regierungskoalition zurückzuziehen und Herrn Emminger zum Austritt aus der Reichsregierung aufzufordern.

Ehe und gesunde Nachkommenschaft.

Dieser Tage fand in der Universität die öffentliche Tagung des Deutschen Vereins für Rassenhygiene statt, in der die Professoren Baur, Direktor des Bevölkerungsinstituts in Wien, und Bumm von der Berliner Universität über: „Ehe und gesunde Nachkommenschaft“ sprachen. Es rief gleich zu Anfang festgehalten werden, daß die Worte des Vorkämpfers der Gesellschaft, Prof. Krohne, über den Ruinbruch und das geistliche Hochgefühl, das damals durch Deutschland ging, in einem mehr als engen Zusammenhang mit der Rassenhygiene standen, und besser unterblieben wären. Beachtung verdienen dagegen seine Worte über die bleibenden Schäden, die die Hungerblockade des Krieges und der Nachkriegszeit über unser Volk und besonders über die heranwachsende Jugend gebracht hat, wenn an der Unternahrung auch die Agrarier und die Freunde des alten Regimes ihr wohlgerichtetes Maß Schuld tragen.

Nach den einleitenden Worten begann Prof. Baur mit seinem Vortrag. Er betonte die Unkenntnis, die über die einfachsten physiologischen Dinge noch in großen Schichten unseres Volkes besteht und die sich häufig in den sogenannten „ungünstigen Kreuzungen“ sehr nachteilig für Familie und Volksganges äußere. An Hand einfacher Beispiele machte er dann den Vererbungsorganismus verständlich. Er sprach über die oft gestellte Frage: Warum sind die Kinder eines Elternpaares so häufig grundverschieden? Es kommen da drei Grundursachen in Betracht: Die Kinder können unter verschiedenen Bedingungen aufgewachsen sein. Bei der Schwangerschaft eines der Kinder war die Mutter gesund oder krank, oder das Kind wurde in seiner Jugend von einer Krankheit mit bleibenden Folgen befallen, z. B. Lähmungen nach Diphtherie oder spinaler Kinderlähmung, Verletzungen usw. Alle diese Ursachen zu einer unterschiedlichen Entwicklung zweier Kinder sind aber nicht erblich. Ebenso kann eine erworbene gute Bildung, die auch den Durchschnitt weit übertrifft, bei angeborener schlechter Veranlagung nicht auf die Nachkommen vererbt werden. — Die zweite Ursache ist die reine Vererbung. Als Beispiel kann man zwei reinerbige Kaninchen schwarz und blau nehmen. In der ersten Kreuzung gibt es junge schwarze Kaninchen, denn schwarz ist dominant (herrschend) über blau. Danach sieht aber diese nicht mehr reinerbigen Kaninchen wieder in der zweiten Generation, so werden drei Viertel des Wurfs schwarz und ein Viertel blau sein. Wirklich reinerbige schwarze bzw. blaue Kaninchen bleiben aber schwarz oder blau. Wenn ein Mensch z. B. sieben verschiedene Kleidungsstücke nur in den Farben schwarz oder weiß hat, kann er an 128 Tagen verschieden gekleidet gehen. Bei zehn verschiedenen Vererbungsmerkmalen sind 1024 Kombinationen möglich. Vergewissern wir uns, daß der Mensch 30 bis 40 verschiedene Erbmerkmale hat, so können wir uns die Fülle der Kombinationsmöglichkeiten vorstellen. — Die dritte Ursache für die Veränderungen im Wesen des Menschen ist die „Selektion“. Die Selektionstheorie wurde von Darwin aufgestellt und sie besagt, daß die Individuen, die am schlechtesten für den Kampf ums Dasein ausgerüstet seien, am schnellsten unterliegen und so nicht zur Fortpflanzung gelangen. Diese Selektionstheorie trifft gerade für den

Menschen in der heutigen Zeit durch die ausgebreitete soziale Fürsorge nur noch in geringem Maße zu. Prof. Baur führte am Schluß des berühmten Vererbungsbeispiel aus Amerika an, das in allen Büchern herumspricht, nach dem eine degenerierte Ragabundin 2028 Schwachsinnige, Schwerverbrecher, Prostituierte usw. zu ihren Nachkommen zählte. Die Pflicht der Gesellschaft ist es deshalb, den einzelnen auf die Vererbungsorgane aufmerksam zu machen und die Pflicht des einzelnen der Allgemeinheit gegenüber sich über die geistige und körperliche Gesundheit seines Ehepartners zu vergewissern.

Prof. Bumm ging dann auf die praktische Seite des Problems ein: Wie bekommen wir gesunde und schöne Kinder? Er tröstete die Zuhörer gleich zu Anfang, daß ein reinerbiger Germane unbeeinflussbar sei, vermahnte aber zu sagen, wo sich dieses Prachtstück befindet. Er erklärte weiter, daß häufig ein Vater die von ihm auf seine Kinder vererbten schlechten Eigenschaften mit dem Stock bei diesen austreiben wolle. Er erzählte dann noch etwas von den vererbten Krankheiten wie Schwachsinn, Idiotie und anderen Geisteskrankheiten und kam dann auf sein Lieblingsgebiet, den Geburtenrückgang, zu sprechen. Er klagte in bewegten Worten über die Zunahme der Abtreibungen, er meinte, nur durch die Quantität könne sich die Qualität bessern, denn erst die Quantität gebe die Möglichkeit zu jener Mischung, aus der das Genie entspringt. Die letzten Abtreibungen werden uns in zwanzig bis dreißig Jahren den Abfall der Bevölkerung und Mangel an Masse an jenem Tage bedauern lassen, an dem —; da der Redner sich mit Heftigkeit entschuldigt hatte, konnte man leider das entscheidende Wort nicht verstehen. Sein einfaches Vorklagen der Geburtenabnahme ohne jedes soziale Verständnis, das wir schon öfters in den Arbeiten von Bumm feststellen konnten, lassen uns mit Recht schließen, daß es einmal wieder der Ruf nach dem frisch-fröhlichen Krieg mit Golt für Kaiser usw. gewesen ist.

So sehr wir Sozialisten, die wir der Masse doch am nächsten stehen, gerade die Bestrebungen und Ziele der Rassenhygiene zu werken und schämen wissen, mit um so größerem Nachdruck müssen wir uns gegen solche Worte, wie sie der Vorkämpfer und der zweite Redner sich gestattet haben, wenden. Wenn diese Worte auch nur eine Konsequenz an den Geist der Rassen, in welchen die Vererbung abgefallen wurde, sein sollten, so muß die Deutsche Gesellschaft für Rassenhygiene trotzdem einen klaren Trennungsstrich ziehen zwischen sich und den Männern vom ehernen völkerverjüngenden „Stahlbad“.

Wedekind und der Zirkus.

Im Aprilheft der „Literatur“ (Herausgeber Dr. Ernst Heilmann, Verlag Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart-Berlin) rückt der Münchener Literaturhistoriker Professor Dr. Armin Kautler Wedekinds Beziehungen zum Zirkus in ein neues Licht. In seinem Aufsatz „Autobiographisches“ hatte Wedekind behauptet:

„1888 reiste ich ein halbes Jahr mit dem Zirkus Herzog und ging nach dessen Auflösung mit meinem Freunde, dem bekannten Feuerwerker Rubinoff, nach Paris und begleitete ihn als sein Mitarbeiter

auf einer Tournee nach England und Südfrankreich. 1890 kehrte ich mit Rubinoff nach München zurück und schrieb dort mein erstes Buch „Frühlingserwachen“. Dann ging ich, da mein Vater indes gestorben war, nach Paris zurück. . . .“ Auch heißt es dort weiter, er sei nach seinem Austritt aus dem Zirkus Herzog als habitué, d. h. der in einerloge sitzende engagierte Zuschauer, welcher als scheinbar neutrale Person mit dem Spahmacher antippselt, mit dem Zirkus Franconi verkehrt und habe sich hier angefreundet mit dem Geman Anatol Duroff, er habe mit Rubinoff eine Tournee beabsichtigt als Gedächtnisstück.

Kautler führt den Nachweis, daß für diese Angaben alle Unterlagen fehlen, daß weder Briefe, noch Tagebücher oder Notizen irgendwelcher Art auf diese Angaben zugehen. Dagegen ist es Kautler gelungen, die literarische Quelle ausfindig zu machen, auf die fast die gesamte Zirkusliteratur Wedekinds zurückgeht. In des Dichters Bibliothek befindet sich ein oft gebrauchtes Buch, das er in Pergament binden ließ: „Der Zirkus und die Zirkuswelt“ von Signer Domino, Berlin 1883, S. Fischer Verlag. Aus diesem Buch entnahm Wedekind die Entstehung des dummen Anulstap, den er dann zweimal, nämlich in der Hochzeitsgeschichte von „So ist das Leben“ und in der Schlußszene von „Hidalla“, verwendet hat. Am greifbarsten aber wird Wedekinds Abhängigkeit von dieser Quelle im Hinblick auf den „Liebestrank“. Das sechste Kapitel des Buches von Domino ist überschrieben „Schwiegerling“. Bilder aus dem Leben eines diegerreifen „Liebeswunders“, und hier wird erzählt, wie Schwiegerling von einem russischen Großgrundbesitzer als Hauslehrer engagiert wurde, in Wirklichkeit aber einen Liebestrank brauen sollte, durch den der Großgrundbesitzer sich eine bewohnte Schöne zu eigen zu machen hoffte. All die bekannten Motive des „Liebestrank“, des Brauens des Trankes, die Bedingungen nicht an einen Wägen zu denken, sodann das Ausschmühen des Bierengabentens, schließlich die Flucht Schwiegerlings, finden sich ganz so, wie Wedekind sie gestaltet hat, bei Domino. Kautler weist mit Recht darauf hin, daß Wedekinds Verdienst die dramatisch-groteske Formgebung bleibt.

Die Stadt der Bibliotheken. Ein höchst wertvolles Geschenk hat, wie schon kurz gemeldet, Vierpant Morgan der Stadt New York mit der Bibliothek seines Vaters gemacht. Dieser Schenkung sind andere vorausgegangen von Astor, Lenox, Tilden und Cornelia, der über 3 Millionen Dollar für die Errichtung öffentlicher Bibliotheken gestiftet hat. Die Bibliothek Morgan, deren Wert auf 10 Millionen Dollar geschätzt wird, besitzt eine große Reihe von Werken, die einzig in der Welt dastehen, so z. B. alle englischen Erstausgaben aus der Zeit der Königin Elizabeth und aus dem 17. Jahrhundert, alle existierenden Fassungen der Bibel und des Manuskriptes des „Berörenen Paradieses“. New York, das schon 350 Bibliotheken zählt, ist eine der größten Städte der Weltkultur geworden, die dem Gelehrten, dem Schriftsteller und dem Künstler unerschöpfbare Hilfsquellen und einzigartige Sammlungen zur Verfügung stellt.

Verchiebung der Lotter-Preiere im Residenz-Theater. Die Schauspieler von Ernst Toller's „Quintemann“ wurde auf Freitag, den 11. April, abends 7/8 Uhr, verschoben. Die bereits gefassten Karten behalten ihre Gültigkeit.

Die neue Ruhrkrise.

Düsseldorf, 3. April. (Eigener Drahtbericht.) Der französische Minister für öffentliche Arbeiten, Le Trocquer, ist am Donnerstag in Düsseldorf eingetroffen. Die in französischen Journalistenkreisen verbreiteten Gerüchte über Besprechungen zwischen Le Trocquer und Vertretern der deutschen Großindustrie sind bisher keine Bestätigung. Der Besuch Le Trocquers soll einer Besichtigung der Werke und der weiteren technischen Organisationen der Mium dienen. Sein Aufenthalt im Ruhrgebiet wird sich wahrscheinlich bis nächste Woche erstrecken, da Le Trocquer Wert darauf legen soll, während der entscheidenden Besprechungen zwischen der Mium und den Industriellen über die Verlängerung der Mium-Abkommen in Düsseldorf zu verbleiben.

Die Gewerkschaften des Ruhrgebietes vertreten gegenüber der mit dem 1. April durch Nichterneuerung der Mium-Verträge drohenden Krise die Auffassung, daß trotz der bei der Ruhrarbeiterchaft bestehenden Ueberzeugung von der Unertüchlichkeit der Mium-Lösten Reichsregierung und Wirtschaft des besetzten und unbesetzten Gebietes alle Anstrengungen machen müssen, um im jetzigen Augenblick eine Krise zu vermeiden. Allerdings könne die Arbeiterchaft einer Verlängerung der Mium-Verträge in ihrer jetzigen Form und unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht das Wort reden.

Die Verhandlungen zwischen Zehnenverband und Mium sind inzwischen auf Dienstag nächster Woche verlagert worden, da man erwartet, daß bis dahin der Bericht der Sachverständigen bekannt geworden ist und außerdem der Reichsrohstoffrat mit der Reichsregierung Fühlung genommen hat.

Schacht über den Sachverständigenbericht.

In einer Unterredung mit einem Vertreter der „Braunschweiger Staatszeitung“ wendete sich Reichsamtpräsident Dr. Schacht auf Grund seiner in den Pariser Verhandlungen gewonnenen Eindrücke mit großer Schärfe gegen die Heße, mit der die nationalistischen Gegner der Erfüllungspolitik die schwebenden internationalen Wirtschaftsverhandlungen in den Wahlkampf hineinziehen.

Seine Partei, die wirklich national denke, dürfe es fertig bringen, der Regierung in aller Öffentlichkeit Vaterlandslosigkeit vorzuwerfen. Jede Regierung müsse als selbstverständlich für sich in Anspruch nehmen, daß sie in allem, was sie tue und lasse, nur die Interessen ihrer Nation wahrnehme. Man lerne von England, das geschloffen in der Außenpolitik hinter seiner ersten Arbeiterregierung stehe.

Zu den Pariser Besprechungen selbst äußerte sich Dr. Schacht wie folgt:

Meine Besprechungen mit den Sachverständigen in Paris haben sich auf die Frage der deutschen Währungs- und den Ausbau der Reichsbank zum Goldnotenbank bezogen. Ich kann nur zum Ausdruck bringen, daß die Experten an die Frage mit großer Sachlichkeit und Gründlichkeit herangegangen sind und daß mir die Tendenz vorzuherrschen scheint, das ganze Reparationsproblem auf eine wirtschaftlich tragbare Basis zu bringen, um die Frage damit von der politischen Bergierung, unter der sie bis jetzt gestanden hat, zu befreien. Ich habe keinerlei Kenntnis darüber, welche ziffernmäßigen Vorschläge letzten Endes in dem Expertenbericht enthalten sein werden, aber ich glaube auch die Stimmung weiterer französischer Kreise wiederzugeben, wenn ich sage, daß die Herbeiführung einer vernünftigen Lösung der Reparationsfrage ausdrücklich gewünscht wird. Wie immer der Expertenbericht ausfallen wird, es ist klar, daß die deutsche Regierung ihm gegenüber ihre volle Freiheit der Auffassung haben wird. Es scheint mir, daß keine Annahme einer Lösung möglich ist, wenn sie nicht volle wirtschaftliche Gleichberechtigung Deutschlands im internationalen Verkehr bringe. Ferner die volle Wiederherstellung des gesamten deutschen Reichsgebietes und die endgültige und restlose Befreiung der zu Unrecht besetzten deutschen Gebiete, d. h. des gesamten Ruhrgebietes.

Zur Frage der Golddiskontbank erklärte der Reichsbankpräsident, die Vorarbeiten seien soweit gediehen, daß die Goldbank nächste Woche in Funktion treten könne. Für die Aufrechterhaltung der Währungsstabilität seien die Ausichten die besten günstigsten.

Die bayerische Schmach.

München, 3. April. (Eigener Drahtbericht.) In ihrem Unwillen gegen die den Hochverrätern gewährte Bewährungsfrist geht die Bayerische Volkspartei bereits einen Schritt weiter. Die offizielle Parteikorrespondenz untersucht die juristische Grundlage der Bewährungsfrist und kommt dabei zu folgendem Ergebnis: Während das Gerichtsurteil des Volksgerichts unanfechtbar ist, ist der Beschluß der Bewährungsfrist wandelbar und abänderungsfähig. In der Justizministerial-Bekanntmachung vom 5. März 1922 ist vorgelesen, daß gegen die Entscheidung der Gerichte von den Beurteilten, dem Antragsteller und der Staatsanwaltschaft binnen einer Frist von zwei Wochen Beschwerde eingelegt werden kann. Beschwerdeinstanz gegen Beschlüsse des Volksgerichts ist ein Strafsenat des Obersten Landesgerichts. Es bleibt abzuwarten, ob in diesem Falle, wo sich Gesetz und Gerichtsbeschluss so effizient widersprechen, die Staatsanwaltschaft von ihrem Recht Gebrauch machen wird.“ In diesem Zusammenhang wird auch auf die programmatische Erklärung des bayerischen Justizministers kurz vor Beginn des Prozesses hingewiesen, in der es heißt: „In dem Augenblick, wo das Verfahren politischen Rücksichten dienlich wäre, hätte es nach deutschem Recht seinen Sinn verloren und der bayerische Justizminister möchte es ablehnen, die Verantwortung für das Verfahren zu tragen.“ Diese Erklärung berechtigt also zu der Frage: Welche Schritte wird derselbe Justizminister nunmehr unternehmen, um im Hinblick auf den noch ansehenswerten Teil des Urteils, nämlich auf die Bewährungsfrist, der Schädigung des Ansehens der bayerischen Justiz entgegenzutreten?

Im Gegensatz hierzu bemühen sich die Besinnungsfreunde der Beurteilten in ganz Bayern um Freilassung der Hochverräter. Ihre Beauftragten laufen mit Pfiffen vom Haus zu Haus, um Unterschriften für die Freilassung zu sammeln.

Disziplinarverfahren gegen Feid und Pöhner.

München, 3. April. (Eigener Drahtbericht.) Gegen die beiden Hochverräter Oberlandesgerichtsrat Pöhner und Oberamtmann Feid hat die Regierung von Oberbayern ein Disziplinarverfahren eingeleitet, das zur Entlassung der beiden aus ihren Beamtenstellungen führen soll. Für den bereits seit längerer Zeit aus der Reichswehr entlassenen Hochverräter Leutnant Wagner wird in der Donnerstag-Nummer der „Großdeutschen Zeitung“ im Inzeratenteil eine Stellung gesucht. Das läßt darauf schließen, daß die Hochverräter Böhm und Bräuner wieder in ihre mit Schwelger Franken dotierten Stellen als militärische Hafenkreuzfahrer eingereiht sind.

Vertrauensvotum für Poincaré.

Trotz der Kritik Herriots.

Paris, 3. April. (W.B.) Kammer. Der sozialistische Abgeordnete interpellierte über die Kriegsschuldzahlungen an fremde, im Wiederaufbaugeschäft anfällige Gesellschaften. Geschädigte Ausländer hätten sicher Anspruch auf Reparationen, nach seiner Kenntnis aber seien die im großen geschädigten Ausländer vor französischen bezahlt worden, die einen geringeren Schaden erlitten hätten. Nach dem Gesetz sollten nur jene Ausländer entschädigt werden, deren Einlagen mit Frankreich einen Gegenleistungsvorteil haben. Der Redner zeigt an einem Beispiel, daß mehrere angeblich

französische Gesellschaften mit starker deutscher Beteiligung entschädigt worden

sind. Außenminister Marin erwidert: „Ich gebe Ihnen die Versicherung, daß die Nationalität der Teilnehmer dieser Gesellschaften ernst nachgeprüft wird. Außerdem wiederhole ich, was ich die Tage her wiederholt erklärt habe: die Schadenersatzzahlungen werden ich demokratisieren.“

Abg. Dubois, ehemals Vorsitzender der Reparationskommission, interpelliert über die Außenpolitik. Die Zusammenlegung des neuen Kabinetts habe ihm ein gewisses Mißtrauen eingegeben, aber die gestrigen Erklärungen Poincarés über die Konstitution der französischen Politik ihn beruhigt. In der Reparationskommission sei der britische Delegierte mit 132 Milliarden Goldmark deutscher Geländekauf investiert gewesen. Man müsse sich also wundern, daß Lord Curzon die Forderung Frankreichs von der Zahlungswilligkeit Deutschlands abhängig machen wolle.

Poincaré erklärt unterbrechend, bei den Debatten über den Friedensvertrag hätten zwei Thesen einander gegenübergestellt: die These der Abschätzung der Forderung und der Abschätzung der Zahlungsfähigkeit. Die französische These der Abschätzung der Schuld sei angenommen worden.

Abg. Dubois fährt fort, nach dieser Feststellung sei umso mehr verwunderlich, daß der Forderung Frankreichs Widerstand entgegengekehrt werde, als Frankreich auf allen internationalen Konferenzen ein außerordentliches Entgegenkommen gezeigt habe. (1) Nach der gestrigen Erklärung des Ministerpräsidenten sei also sicher, daß Frankreich das Ruhrgebiet nur für weitergehende Pfänder aufgabe, daß es im Ruhrgebiet bleibe, und daß es bei der ersten Schwierigkeit, der man begegne, die Ausbeutung der Pfänder wieder übernehme. (Abg. Daudet: Der Sperling in der Hand ist besser als die Taube auf dem Dache!)

Poincaré erklärt: „Ich wiederhole, daß wir nicht vor vollkommener Zahlung das Ruhrgebiet verlassen werden. Wenn die Reparationsvorschläge weitergehende Pfänder als die, die wir ausbeuten, an deren Stelle setzt, werden wir die Frage prüfen, aber wir werden das Ruhrgebiet nicht verlassen, und bei dem geringsten Verlangen die Ausbeutung wieder übernehmen.“

Abg. Dubois betont die Wichtigkeit der Sicherheitsfrage, weil Deutschland an dem Tage, an dem es sich als der Stärkere fühlen werde, alle seine Verpflichtungen lösen würde. Frankreich müsse seinen Alliierten zu verstehen geben, daß es sich um eine gegenseitige Sicherheit handle, wie Frankreich auch England sagen müsse, daß, wenn es zahle, was es ihm schulde, von Deutschland vorher gezahlt werden müsse. Die Regierung, sagt Dubois, hat unser Vertrauen, wenn sie bei dieser Politik bleibt, wenn sie aber davon abgeht, sind wir entschlossen, sie zu stürzen. Der Redner bespricht alsdann die Arbeit der Sachverständigen, wobei Poincaré unterbricht und erklärt, die Sachverständigen hätten nicht die Frage der Gesamtschuld Deutschlands zu berühren, sondern nur eine Revision des Zahlungssystems vorzuschlagen. Dubois schließt, indem er nochmals das Vertrauen ausdrückt, daß Poincaré nicht unzulässig werde, Frankreich Reparationen und Sicherheit zu verschaffen.

Nach Dubois interpelliert der Abg. de Montjou über den Stand der französischen Luftfahrt; sie sei das Hauptwertzeug der französischen Sicherheit und werde es immer mehr. Poincaré erwidert, man könne in dieser Beziehung beruhigt sein.

In der Debatte über die Interpellationen ergreift als erster der Abg. Herriot das Wort. Die Engländer seien ein alldäliches Volk. Dort berufe der Herrscher immer die Führer der Partei, die von der Mehrheit des Parlamentes bestimmt worden seien. Poincaré habe es den neuen Ministern ermöglicht, ihr Portfeuille anzunehmen, weil er plötzlich das Ermächtigungsgesetz umgetauft und als Wirtschaftskredite bezeichnet habe. De Jouvenel und Douheur hätten gegen die Regierung gestimmt. Der Aktus für die Befreiung sei nicht beobachtet worden. Es sei dies etwas irreführend für die öffentliche Meinung. Herriot bespricht alsdann die Politik Poincarés gegenüber Deutschland. Er versteht nicht, daß Frankreich 1922 die Sachleistungen nicht erhalten habe, auf die es Anspruch gehabt hätte. Für vierhundert Millionen Sachleistungen hätte man erlangen können! Der Ministerpräsident und der Minister für öffentliche Arbeiten sprechen nunmehr von den Anstrengungen der Regierung, um ein Programm für öffentliche Arbeiten durchzuführen. Deutschland habe aber systematisch die Leistungen für dieses Programm verweigert; um wenigstens die Holz- und Kohlenlieferungen sicherzustellen, habe man das Ruhrgebiet besetzen müssen. Abg. Herriot vergesse auch,

erkläre Poincaré, daß die Reparationskommission Ende 1922 wegen der mangelhaften Kohlen- und Kokslieferungen die Besetzungen Deutschlands habe feststellen müssen. Die Ruhrbesetzung aber habe bewiesen, was Deutschland leisten könne.

Abg. Herriot fährt fort, daß man 1922 für 900 Millionen Goldmark Material hätte erhalten können, aber

die französischen Industriellen

hätten gewollt, daß aus Deutschland nur Koks und Koks für ihre Industrie bezogen werde, die anderen Lieferungen hätten sie aus Furcht vor der Konkurrenz zurückgewiesen. — Minister Le Trocquer widerspricht. Er habe den Industriellen erklärt, die Regierung lasse sich durch derartige Einwendungen nicht beirren, und er habe alsdann sein Programm über die Ausführung größerer Arbeiten durch Deutschland aufgestellt. Abg. Herriot fährt fort: Gerade weil Deutschland schlechten Willens ist, hätte man Methoden anwenden müssen, die Deutschland gezwungen hätten, Sachleistungen durchzuführen. Die breiten Massen verstehen eben nicht, warum man nur Koks und Koks erhalten habe, aber sie wissen auch ganz genau, daß die von der Repko festgestellten Besetzungen sich nicht auf die Lieferungen bezogen, von denen er jetzt spricht. Von dort beziehe man Koks und Koks, aber keine anderen Materialien. Wir sind sogar soweit gekommen, daß wir unseren Wiederaufbau einstellen müssen. Wenn die Minister das schön finden, so überlasse ich das Ihrer Beurteilung. (Daudet ruft: Hier liegt ein Geheimnis vor, das man aufklären muß.) Herriot fragt: Warum hat denn Großbritannien Sachlieferungen erhalten? Poincaré erwidert: England und Deutschland haben Spezialabmachungen getroffen. Herriot ruft: Nun, also! Aber ich muß noch weiter gehen: Warum hat denn Serbien Material erhalten? (Daudet ruft: Das ist wieder ein Geheimnis.) Abg. Tardieu fügt hinzu: Das ist wirklich ein Geheimnis. Die Repko habe mitgeteilt, daß Frankreich in Deutschland alles Material für seine Laboratorien in Deutschland finden könne und auch sonstiges Rohmaterial. Warum habe niemand das notwendige Material verlangt? Herriot bespricht alsdann den Vertrag im Ruhrgebiet, wie er gestern von Poincaré erredet wurde. Die Ergebnisse im Februar seien durch die Entwertung des Frank aufgebaut worden und dann müsse man bedenken, daß die Mium-Verträge in 12 Tagen zu Ende gehen. Wie können wir Fortschritte für das ganze Jahr machen? Außerdem rechne man jetzt in Frank, früher habe man in Goldmark gerechnet. Auf diese Weise könne man natürlich eindrucksvolle Ziffern schaffen. — Der Ministerpräsident und der Minister für die öffentlichen Arbeiten wider sprechen Herriot. Le Trocquer behauptet: Nachdem wir die der Reko unterstellten Gruben 14 Tage lang im Betrieb gehabt hätten, haben sie einen größeren Ertrag erbracht als vor der Besetzung. Der 15. April schrecke ihn nicht. Wie im Juli 1923 seien Maßnahmen getroffen worden, damit die Kohlen- und Kokslieferungen fortgesetzt würden. Herriot bleibt dabei, daß sich über den Jahresertrag der Ruhrbesetzung nichts Bestimmtes sagen lasse. Poincaré erwidert: Wir werden ja sehen.

Herriot zieht aus der gestrigen Kammerrede Poincarés den Schluß, daß er bereit sei, das Ruhrgebiet wieder dem deutschen Wirtschaftswesen zu überlassen. Poincaré entgegnet: Unter der Kontrolle Frankreichs und der Alliierten.

Als Herriot auf den Sachverständigenbericht anspielt, unterbricht ihn Poincaré heftig mit der Bemerkung: Er, Poincaré, trage die Verantwortung; er könne nicht zulassen, daß die Sachverständigen zu dem oder jenem Schluß in dem oder jenem Sinne gekommen seien; denn ihre Schlußfolgerungen — er gebe sein Ehrenwort darauf — seien ihm unbekannt. Herriot findet es sehr merkwürdig, wenn Frankreich allein im Ruhrgebiet lände, während das Programm der Sachverständigen durchgeführt werde. Es rebe nicht an, daß Frankreich allein dessen Kontrolle übernehme. Frankreich werde erst seine Sicherheit erlangen, wenn es sich mit seinen Verbündeten über die nötige Kontrolle Deutschlands verständige. Es sei

bedauerlich, daß die demokratischen Elemente in Deutschland nicht wirksamer unterstützt worden

seien. Was Frankreich zukünftig zu befürchten habe, sei nicht der Säbel des banalen und lächerlichen Generals von Ludendorff, sondern die Bemühen im deutschen Volk selbst. Herriot verliert sich dann in innerpolitischen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Wahlkommission.

Während der anschließenden Ausführungen des Abg. Maizon kommt es nochmals zu Auseinandersetzungen zwischen Herriot und dem Ministerpräsidenten bzw. dem Minister für öffentliche Arbeiten über die Schuld Frankreichs an der Oeringfügigkeit der deutschen Sachleistungen. Von mehreren Seiten aus dem Hause wird die Vertagung der Interpellationsdebatte auf morgen beantragt. Poincaré wünscht jedoch die Fortsetzung der Debatte und erklärt, wenn die Kammer die Vertagung auf morgen beabsichtige, so könne sie die Regierung als zurückgetreten betrachten. Die Sitzung wird daraufhin auf eine Stunde unterbrochen und soll um 9 Uhr wieder aufgenommen werden.

Paris, 3. April. (Eca.) Kurz vor 11 Uhr hat die Kammer mit 408 gegen 151 Stimmen die Tagesordnung Walphe Chéron, die der Regierung das Vertrauen ausdrückt, angenommen.

Deutscher Hilfsdienst für Poincaré?

Die Haltung zu den Expertenberichten.

Paris, 3. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Vorschläge der Sachverständigen werden nach ehe sie in ihren Grundzügen und allen Einzelheiten bekannt geworden sind, von einem großen Teil der deutschen Öffentlichkeit als unannehmbar bezeichnet und an dieser Polemik scheitern sich mehr und mehr auch verantwortliche deutsche Stellen zu beteiligen. Man begehrt damit in Deutschland den schweren politischen Fehler, sich ganz unnötig im voraus ins Unrecht zu setzen. Ein Blick in die französische Presse genügt, um zu zeigen, wie im Zustand daraus bereits Kapital geschlagen wird. In Frankreich, wo die Furcht, durch Ablehnung der Sachverständigenvorschläge die ganze Welt vor den Kopf zu stoßen, vielfach das einzige Motiv ist für die von Poincaré am Mittwoch zum erstenmal offiziell angekündigte Schwenkung der französischen Ruhrpolitik, kann man sich natürlich nichts Besseres wünschen, als daß die von den Sachverständigen in Aussicht genommene Lösung an dem Widerstand Deutschlands zu Fall kommt. Das Mindeste, was man in der augenblicklich sehr heißen außenpolitischen Situation von der deutschen Öffentlichkeit und insbesondere von den verantwortlichen Stellen verlangen muß, ist, daß man durch vorläufige Kritik nicht ein Projekt torfschlägt, das man in seinen Einzelheiten noch nicht einmal kennt. Im übrigen wird man die richtige Einstellung zu den Vorschlägen der Sachverständigen nur dann finden können, wenn man sich daran erinnert, daß die deutsche Regierung in ihrer Note an die alliierten Regierungen vom 5. Juni 1923 selbst eine jährliche Annuität von 1800 Millionen Goldmark vom Augenblick der Stabilisierung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse ab angeboten hat; sie hat weiterhin anerkannt, daß man über die Frage der deutschen Leistungsfähigkeit verschiedener Auffassung sein kann und sich deshalb bereit erklärt, sich hinsichtlich der Höhe und der Modalitäten der Reparationsleistungen der Entscheidung eines internationalen und unparteiischen Organs zu unterwerfen.

Wenn auch die Zusammenlegung der beiden Sachverständigenausschüsse nicht international, sondern interalliiert war, so wird man ihnen doch nicht absprechen können, daß sie bemüht waren, objektiv und unabhängig zu sein. Sie haben den Vertretern der deutschen Regierung in ausgiebigem Maße Gelegenheit gegeben, den deutschen Standpunkt zu vertreten, und sie haben deren Einwendungen und Bedenken in zahlreichen Punkten Rechnung getragen. Sie sind in der Einschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit allerdings nicht unbeträchtlich um einigehundert Millionen über den in der deutschen Note vom 5. Juni 1923 angebotenen Betrag hinausgegangen. Die Verhandlungen, zu denen es in den nächsten Wochen kommen wird, werden zweifellos auch der deutschen Regierung Gelegenheit geben, ihren Standpunkt zu vertreten. Gerade deshalb aber sollte man sich hüten, die Vorschläge der Sachverständigen in Eufonie und Bogen abzuschreiben.

Mussolinis Wahlgeheimnis.

Zuscher werden verbannt.

London, 3. April. (Eigener Drahtbericht.) „Daily Herald“ bestätigt am Donnerstag, daß die Labour Party beschlossen hatte, zwei Delegierte als Beobachter zu den italienischen Wahlen zu entsenden. Mussolini ließ jedoch mitteilen, daß er diese Abgeordneten ohne Rücksicht der Zugehörigkeit zur Regierungspartei an der Grenze anhalten lassen werde. Die Reise mußte deshalb abgebrochen werden.

Der Ludendorff-Hitler-Prozess. Soeben ist in Buchform die Verhandlung des Münchener Hochverratsprozesses erschienen. Genosse Robert Breuer hat die wichtigsten Teile der Verhandlungen bearbeitet und sie als Broschüre im Verlag für Sozialwissenschaft herausgegeben. Alles wesentliche Material über die Vorgeschichte des Hochverrats und das Ergebnis der Zeugenaussagen ist übersichtlich zusammengestellt und mit kurzem Schlusswort versehen. Das Buch wird jedem in der Agitation stehenden Genossen wertvolle Dienste leisten.

Gewerkschaftsbewegung

Lohn und Miete.

Im gestrigen Abendblatt der „D. A. Z.“ (Nr. 160) behandelt H. Weisinger das Thema „Mietsteigerung und Lohnpolitik“. Der Verfasser stellt fest, daß die wesentliche Mietsteigerung vom November bis Januar in Höhe von fast 5 Proz. im Reichsdurchschnitt ohne besondere Auswirkung auf die Löhne geblieben ist.

Die Wohnungskosten in Goldmark betragen am 26. November 1,15 Goldmark, am 3. März bereits 9,31 Goldmark im Reichsdurchschnitt. Die wöchentliche Reichslöhnerziffer für die Wohnungskosten ist von 4,7 Proz. der Friedensmiete am 26. November 1923 auf 33 Proz. am 18. Februar 1924, d. h. schon bis Ende März um fast das Achtfache gestiegen, ohne daß diese Steigerung eine besondere Auswirkung auf die Lohnpolitik zeigte. Der Anteil der Miete am Gesamteinkommen wird für die Vorkriegszeit mit 20 Proz. im Durchschnitt angenommen. Heute mag im allgemeinen der Anteil noch dem Stand Ende März zwischen 8—10 Proz. geschwankt haben.

Bestimmte Annahme ist falsch, weil sie sich lediglich auf den Betrag der Märzrente stützt. Der Unterschied zwischen der Friedensmiete und der gegenwärtigen Miete ergibt sich nicht nur aus der Differenz zwischen dem früheren und dem gegenwärtigen Betrag der Miete. Zu dem jetzigen Betrag der Miete ist vielmehr ein gewisser Prozentsatz hinzuzunehmen, der sich aus der Abwälzung der Verpflichtung zur Ausführung der notwendigen Erneuerungsarbeiten und kleineren Reparaturen der Wohnungen vom Vermieter auf den Mieter ergibt. Der etwaige Einwand, daß diese Erneuerungsarbeiten, die sogenannten Schönheitsreparaturen von den Mietern nicht vorgenommen werden, ist nicht stichhaltig. Für jeden Mieter kommt einmal der Zeitpunkt, wo er die schließlich schon seit Kriegsbeginn immer wieder aufgeschobenen notwendigen Arbeiten, Erneuerung des Anstrichs der Decken und Wände oder der Tapete, vornehmen lassen muß, oder aber die Unterlassung, die ja heute meist durch die niedrigen Löhne und Gehälter bedingt ist, geht auf Kosten der Gesundheit der Familien, ganz abgesehen von dem Wohlbehagen, das in verfallenen Wohnungen nicht aufkommen kann.

Der Berliner Mieter hat seit 1. April nicht nur 47 Proz. der Friedensmiete zu zahlen, sondern außerdem die sich aus der notwendigen Instandhaltung der Wohnungen ergebenden Kosten, die vor dem vom Hauseigentümer zu tragen waren. Es führte in diesem Zusammenhang zu weit auf die gegenwärtigen Mißstände im Wohnungswesen hinzuweisen, die sich für die proletarischen Schichten aus dem Wohnungsmangel ergeben. So bequem es auch sein mag und so vorsichtig vom sozialpolitischen Gesichtspunkte des Unternehmers aus es ist, an diesen Dingen vorbeizugehen, so unzulässig ist es, an diesen Dingen vorbeizugehen. Es liegt sowohl im gesundheitlichen, sittlichen und moralischen Interesse wie nicht minder im wirtschaftlichen Interesse, daß das Baugewerbe wieder in Gang kommt, daß die fehlenden Wohnungen hergestellt werden, das Wohnungselend möglichst bald beseitigt wird. Dazu ist natürlich erste Voraussetzung, daß der Stand der Friedensmieten in kurzer Zeit erreicht wird. Damit wird es nicht einmal getan sein. Die Mieten werden darüber hinausgehen. Dem Unternehmertum ist es offenbar ziemlich gleichgültig, wie die Arbeiter und Angestellten haften, wie sie mit ihren Familienangehörigen in verfallenen Wohnräumen zusammengepfercht sind. Es eilt ihnen nicht, den schreienden Mißständen irgendwie zu steuern, ihre Abfertigung anzubahnen. Dr. Weisinger vertritt darauf, daß die Spanne für den endgültigen Abbau der Wohnungsmangelswirtschaft noch bis zum 31. März 1924 läuft, mithin das Tempo, mit dem die zweite Hälfte des Weges zurückzulegen ist, demnach zunächst offen gelassen ist. Für Preußen bedeutet die Freisetzung der Mietsteuer auf 16 Proz. der Friedensmiete gegenüber den seit November vollzogenen Mietsteigerungen keinen allzu großen Schritt. Das nur allmählich anzustrebende Ziel des Gesetzes (der Steuernabgabeordnung) ist die Erreichung der Friedensmiete, d. h. eines monatlichen Mietaufbringens für den Arbeiter von durchschnittlich 20 M. Der Weg zu diesem Ziel sei bei durchschnittlich 9,31 Goldmark Wohnungskosten im Monat März im allgemeinen fast schon bis zur Hälfte zurückgelegt. Der entscheidende Schritt sei vom November bis März mit einer Steigerung von 1,15 Goldmark am 26. November auf 9,31 am 3. März gemacht, ohne sich besonders auf den Lohn auszuwirken. Dazu ist zu bemerken, daß in der Praxis nicht mit Durchschnittszahlen, sondern mit den tatsächlichen Mieten zu rechnen ist, die in Berlin z. B. wesentlich über 20 M. hinausgingen. Für die Lohnpolitik der Unternehmer läßt dies Weisinger auch gelten, indem er es als völlig unmissig bezeichnet, die Frage zentral zu behandeln. Er behauptet, daß feinerer Anlaß besteht, der Mietsteigerung im April besondere Bedeutung zu geben und sie zum Anlaß gerade für eine besondere Lohnbewegung zu machen.

Es muß hieran um so mehr gewornt werden, als in der kommenden Zeit bis zum endgültigen Abbau der Wohnungsmangelswirtschaft noch weitere entscheidende Schritte übrig bleiben, die für die Lohnpolitik vielleicht unter Umständen eine viel größere Bedeutung haben können als die Aprilregelung. Ein allgemeines Herausstreifen des Lohnniveaus aus Anlaß der Aprilregelung müßte jede künftige Anpassung des Lohns an die Friedensmiete erschweren. Lohnforderungen werden auch bei künftigen Mietsteigerungen nicht ausbleiben, und es muß mit allen Mitteln verhindert werden, daß bei der Lohnpolitik der Gegenwart schon künftige Steigerungen vorweg berechnet werden.

Weisinger gibt zu, daß die Mietsteigerung, die sich auf die Ladenmiete erstreckt, sich auch auf die niedrigen Lebenshaltungskosten auswirkt. Und nun argumentiert er: „Kommt zu dieser Auswirkung auch noch die mit einer allgemeinen Lohnsteigerung verbundene Preissteigerung, so müssen sich die ernstesten Gefahren für Währung und Wirtschaft zeigen.“ Diesen Gefahren könne nur begegnet werden durch „Steigerung der Produktion“ und einem daraus fließenden weiteren Preisabbau. Wenn der Rückgang der Großhandelspreise anhalte und sich auf die Lebensunterhaltungskosten auch nur mit 3 Proz. im Durchschnitt auswirkte, dann wäre ein erheblicher Teil der mit der Aprilmietregelung verbundenen Belastung kompensiert. Hieran sollte im allgemeinen Interesse mit allem Hochdruck hingearbeitet werden.“

Den Lohnempfängern könnte es ziemlich einerlei sein, ob sie die Mehraufwendungen für Miete in Form einer Lohnerrhöhung oder einer entsprechenden Verringerung der Lebensmittel ausgleichen können. Allein mit „Wenn und Aber“ ist ihnen nicht gedient.

In einer weiteren Betrachtung wird noch einiges zu diesem Thema zu sagen sein.

Krise im Buchdruckgewerbe.

Die Gehilfenvertreter lehnen den Schiedsspruch ab!

Die Arbeitgeber hoben den Schiedsspruch angenommen, den wir bereits gestern morgen veröffentlichten. Ein weiterer Schiedsspruch wurde noch über die Sonderzulage für das besetzte Gebiet gefällt, der besagt, daß diese Zulage für April von 20 auf 10 Proz. und für Mai auf 5 Proz. herabgesetzt wird.

Die Unternehmer, die es in freien Verhandlungen bräut abgelehnt haben, auch nur einen Pflennig Lohnzulage zu bewilligen, haben es sehr eilig, dem Schiedsspruch Geltung zu verschaffen.

Die Organisationsvertreter der Buchdrucker und Hilfsarbeiter haben alle Gründe erörtert, die für Annahme oder Ablehnung sprechen. Einmütige Ablehnung, weil er nicht im entferntesten den berechtigten Wünschen der Arbeiter entgegenkommt. Sowohl die Höhe des Lohnes als vor allem die Geltungsdauer sind völlig unannehmbar.

Im Buchdruckgewerbe herrscht starrer Geschäftsgang, obwohl an Arbeitskräften noch nicht fehlt. Durch Überarbeit der Beschäftigten, besonders in den Zeitungsbetrieben, sucht man die Arbeit zu bewältigen. Die Arbeiter wissen, daß die Preispolitik der Unternehmer bei dem guten Geschäftsgang sehr wohl die Zahlung angemessener Löhne ermöglicht. Sie empfinden den Kontrast zwischen ihren Löhnen und den heutigen Gewinnen der Unternehmer daher um so unerträglich. Sie werden deshalb auch alles daransetzen, ihren Forderungen zum Durchbruch zu verhelfen. Dazu ist insbesondere auch die Ablehnung von Überarbeit notwendig, solange zu der notwendigen Überarbeit genügend Arbeitslose da sind, die auch da, wo sie gebraucht werden, nicht eingestellt werden, um sie obendrein gegen die beschäftigten Buchdrucker in dem Lohnkonflikt auszuspielen. Diesem Spiel darf kein in Arbeit stehender Kollege Vorschub leisten.

Buchdrucker und Buchdruckerhilfsarbeiter!

Die Zentralvorstände haben im Einverständnis mit den übrigen Organisationsvertretern beschlossen, den Schiedsspruch des Schlichters abzulehnen und ihre Forderung von 35 M. aufrechtzuerhalten. Wir fordern sämtliche Kollegen und Vertrauensleute auf, sich an die Weisungen der Gewerkschaften zu halten. Weitere Beschlüsse folgt die am Montag, den 7. nachm. 5 1/2 Uhr, in den Sophien-Sälen stattfindende Versammlung der Buchdrucker. Den Hilfsarbeitern gehen betr. der Versammlung nähere Weisungen zu.

Für die Organisationsvorstände:
Braun, Glöck.

Die Ahnungslosen.

In großer Aufmachung weiß die „Rote Fahne“ aus zuverlässiger Quelle zu berichten, daß der Bundesvorstand des ADGB beschlossen habe, die freien Gewerkschaften sollen für den 1. Mai weder zur Arbeitsruhe auffordern noch eigene Demonstrationen veranstalten. Den Rufus des ADGB und des IFA-Bundes, den wir in der heutigen Nummer veröffentlichten, gibt genügend Antwort auf diese idiotische Entsch. an die das Organ Sinowjews die üblichen Insignien Beschimpfungen unserer Genossen im ADGB trägt.

Man sollte wirklich meinen, die „Rote Fahne“ werde nicht nur in Moskau bezahlt, sondern auch redigiert. So etwas von Ahnungslosigkeit von den deutschen Verhältnissen im allgemeinen und denen der Gewerkschaften im besonderen, gibt es nicht mehr. Am Dienstag erzählt sie eine Räubergeschichte von dem „neuen Gesicht“ des „Vorwärts“, gefest von dem Beschluß des Bundesvorstandes des ADGB, den 1. Mai preiszugeben. Solche lächerlichen Ahnungslosigkeiten passieren dem Blatt fast täglich. Das kommt davon, wenn man eine Führergarnitur nach der anderen ablegt. Man muß sich dann schließlich mit Beuten begnügen, die wohl zu allem zu haben, aber zu nichts fähig sind.

Aus der Berliner Metallindustrie.

Der Rahmenvertrag zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und dem Deutschen Metallarbeiterverband wurde am 6. April ablaufen. Er ist einstweilen bis zum 20. April verlängert worden.

In den A.G.O.-Werken ist ein Leiststreik ausgebrochen. Die gesamten Schmelze haben die Arbeit niedergelegt.

In der Fahrzeugfabrik von S. G. Dittmann forderten die Metallarbeiter 75 Pf. in der 1. Lohnklasse und 85 Pf. in der 2. Die Firma lehnte Verhandlungen mit einem Vertreter des Metallarbeiterverbandes ab und erklärte in Verhandlungen mit dem Betriebsrat, daß sie aus wirtschaftlichen Gründen nicht über die Löhne des A.G.O., 68 bzw. 70 Pf., hinausgehen könne. Die Belegschaft trat in den Streik ein. Die Stellmacher blieben von der Bewegung zunächst unberührt. Die Firma bemüht sich um andere Arbeitskräfte, weshalb Vorkehrungen getroffen sind.

Die Unternehmer der Wehmetallindustrie haben am 1. April sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen, etwa 600 an Zahl, ausgesperrt. In dieser Industrie wird Blei- und Zinkaufgearbeitet. Beim Schmelzen des Metalls entwickeln sich giftige Dämpfe, die die Gesundheit der Arbeiter schwer gefährden. Dazu tragen auch Kohlenoxydgase bei, die bei unrichtigen Defekten und mangelnden Abzugsvorrichtungen entstehen. Die Gurrler atmen den feinen Bleistaub ein, der sich beim Feilen, Schaben und Schmirgeln entwickelt. Die Bleigifte dringen in die Poren der Oberhaut und fährt zu Gefäßschädigungen. Die Arbeiter leiden durch die beim Löten entstehenden Chlorzinn- und Salmiakdämpfe, durch die die Verdauungs- und Atmungsorgane beeinträchtigt werden. Nicht minder sind die Bleisäure- und Salmiakgase gesundheitlichen Schädigungen ausgesetzt. Dabei fehlt es in den Kleinbetrieben oft selbst an jeder Vorkehrung, erst recht aber an den notwendigen hygienischen Vorkehrungen. Die Unternehmer halten es offenbar für überflüssig ihre Betriebe technisch zu vervollkommen, solange sie ohnehin Gewinne erzielen, die ihnen besonders die Inflationsperiode brachte.

Die Gießer dreier kleiner Firmen forderten Friedenslöhne, die von einer Firma bewilligt, von den übrigen abgelehnt wurden. Weil

die Verhandlungen der Unternehmer mit den Vertretern der Gießer ergebnislos blieben, sperrten nach einigen Tagen 11 Betriebe ihre Gießer aus. Die Unternehmer forderten bedingungslose Aufnahme der Arbeit bis zum 1. April. Auch weitere Verhandlungen durch Vermittlung des Metallarbeiterverbandes führten zu keinem Entgegenkommen der Unternehmer. Ausgesperrt haben H. Hornemann, Treitin u. Co., J. Weidner, R. Rosler Nachf., R. Rosler Nachf., Gebr. Wulff, Guggenheim u. Margoninski, Schmitt u. Sander, Emmerichs u. Schöning, Emil Stein und Franz Heideichs.

Das Streikbureau ist Wassertrösterstraße bei Neßling, Versammlung der Ausgesperrten am 8. April im „Reichenberger Hof“.

Auswirkung der erhöhten Beamtengehälter.

Den Reichs- und Staatsangestellten und unteren Beamten war es bereits mehrfach peinlich, daß in der Presse von einer erheblichen Erhöhung der Beamtengehälter die Rede war. Und zwar aus der nicht ganz unbegründeten Befürchtung heraus, daß ihnen schließlich von allen Seiten, mit denen sie als Konsumenten in Berührung kommen, diese Erhöhung irgendetwie in Anschlag gebracht werden könnte. Dazu besteht tatsächlich kein Grund. Unter anderem teilt uns ein Verwaltungsassistent mit, wie sich keine Gehaltserhöhung auswirkt. Er ist in Gruppe V, Stufe 6 und bezog im März ein Gehalt von 119,99 M. — nach familiären Abzügen — und erhält jetzt 145,65 M., mithin 25,66 M. monatlich mehr. Die angeforderte Erhöhung der Mieten auf 67 Proz. würde einweisen auf 47 Proz. beschränkt, so daß die Miete 13,54 M. mehr beträgt als im März. Von der Gehaltserhöhung bleiben mithin monatlich 12,12 M. Tas ist zweifellos eine kleine Verbesserung, allein bei den sehr geringen Gehältern ist sie wirklich nicht derart, um davon großes Aufsehen zu machen.

Großbritannien und das Achtstundentagabkommen.

Die erste Internationale Arbeitskonferenz, die 1919 in Washington tagte, beschloß den Entwurf eines Übereinkommens betreffend die allgemeine Einführung des Achtstundentages und der 48-Stunden-Woche in allen gewerblichen Betrieben. Kürzlich sagte nun der britische Arbeitsminister Tom Shaw im Unterhaus, er werde in nächster Zeit einen Bericht einbringen, welcher dieses Übereinkommen betrifft. Der Minister fügte hinzu, daß die gegenwärtige Regierung die Vorlage eines solchen Entwurfs als den einzigen Weg zu ehrenvoller Erfüllung ihrer Pflicht in dieser Sache betrachtet.

Die Arbeitszeit in Großbritannien.

(GB.) Eine kürzlich vom englischen Gewerkschaftsbund eingeleitete Erhebung über die Arbeitszeit der Mitglieder der angeschlossenen Organisationen zeitigte folgendes Resultat: Über 3 1/2 Millionen Arbeiter genießen die 48-Stunden-Woche, 800 000 Arbeiter arbeiten nur 42 Stunden pro Woche. Von den insgesamt 15 Millionen englischen Arbeitern arbeiten 10 bis 12 Millionen 48 Stunden pro Woche oder weniger.

Die Arbeitsaufsicht in 25 Ländern.

Unter dem Titel: Die Arbeitsaufsicht, ihre Entwicklung und derzeitige Lage in verschiedenen Ländern hat das Internationale Arbeitsamt in Genf einen Band von 355 Seiten herausgegeben, der in Einzelabteilungen Auskunft gibt über die in 25 Staaten und britischen Dominien bestehenden Vorschriften und Einrichtungen zur Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung. Berichte über 24 Länder waren bereits der 5. Arbeitskonferenz im Herbst 1923 vorgelegt worden. Die von den Konferenzdelegierten gemachten Änderungen wurden für die vorliegende Sammelausgabe berücksichtigt. Der Leser erkennt an Hand des Buches die gemeinsamen Ziele, denen alle Staaten zustreben, ebenso aber die Unterschiede, welche in der Psychologie der Völker, ihrer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung begründet sind.

In dem Vorwort wird ein gedrängter Überblick der geschichtlichen Entwicklung und der hauptsächlichsten Tendenzen gegeben, die dabei zutage traten. Daran schließen sich die länderweisen Darstellungen und eine Übersicht der wichtigsten auf den Gegenstand bezüglichen Literatur.

Der Streik bei der Firma Deutsche Kadelwerke ist beigelegt. Wir fordern die Kollegen auf, heute, Freitag früh um 7 Uhr, die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Betriebsrat.

„Reichshungerlöhne.“ In dem Artikel mit dieser Überschrift in der Mittwochnachricht des „Vorwärts“ war u. a. angeführt, daß das preussische Finanzministerium bereit ist, seinen Reineinkommen 30 Proz. des Lohnes eines ungelerneten Richters zu gewähren.“ Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter bitte uns mitzuteilen, daß diese Angabe nicht den Tatsachen entspricht. Das Verlehen liegt in diesem Falle nicht auf unserer Seite.

Das Marinearsenal Kiel hat seine Arbeiterschaft ausgesperrt, nachdem diese am Dienstag und Mittwoch den Betrieb nach Beendigung der achtstündigen Arbeitszeit verlassen hatte. Die Arsenalleitung hatte vom April an die neunstündige Arbeitszeit angeordnet.

Filmindustrie. Am Sonntag, den 4. April, vormittags 10 Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 18 (an der Kottbuscher Straße), Generalversammlung der Deutschen Filmgewerkschaft. Erscheinen aller Film-, Kameramänner, Kameragruppen, Kameragruppen. Dienstag, den 5. April, 7 Uhr, bei Schumann, Verbandsmännerkammer. Jeder Betrieb muß vertreten sein. Hilfsarbeiter, Kameragruppen. Der Gehaltslohn der Hilfsarbeiter beträgt 50 Pf. Lohnklassen können im Bureau oberholt werden. Versammlung der Hilfsarbeiter am Freitag, den 11. April, 7 Uhr, bei Schumann. — Silberarbeiter. Freitag, den 11. April, nachmittags 5 Uhr, Versammlung bei Schumann. Die Gruppenleitung.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Viktor Ceterans; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revision: Dr. John Schifmoss; Lokales und Sonstiges: Felix Korbelt; Anzeigen: H. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 88, Lindenstraße 2, 1. Stock, 1. Stock.

Das Landesinnungsamt Groß-Berlin hat mit Berechtigung das Geschäftsbüro an Stelle der noch ebenfalls being-Bauverbände der einzelnen Innungen zum 1. April für alle Innungen ein Büro bei der Zentrale der Darmstädter und Nationalbank errichten lassen. Anstatt auf früheren Bauarbeiten über Verordnungen der Innungen sind nicht mehr anzuwenden. Überwachen sind somit künftig nur im Polizeibereich oder über die Zentrale der Darmstädter und Nationalbank zulässig. Hierbei ist Res. die Innungsführer, sowie die Innungen des Bauwesens, die Innungen und gewerblichen Bau- und Bauwesen anzugeben. Zur Einnahme von Baugebühren und Gebühren sind mit der Innungsführer zulässig; mit Gebühren kann nur bezahlt werden, wenn sie auf Bitten in Groß-Berlin lautet. Gleichwohl wird darauf hingewiesen, daß Innungen nicht in Westfalen oder mit Gebühren auf Westfalen zu zahlen sind.

Somit die Erhebung von Reichsteuern noch durch häßliche Kassen erfolgt, verbleibt es bei den hierer geltenden Bestimmungen.

Sophien-Säle Sophienstraße 18
Säle frei • Nrd 9296

Zu jeder Stunde
in aller Munde!
Die Kleine Massary-Ligarette
2 1/2

hämischen tebe. Die Verurteilung sei noch durch eine mangelhafte Kontrolle gesteuert worden. Der Angeklagte habe gehofft, daß er bei der damals in den Bankgeschäften herrschenden Unordnung längere Fristen käuften könnte, ehe seine Verurteilung entdeckt werden würde. Das Gericht ließ auch weitestgehende Wille werten und erkannte nur auf vier Monate Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft. Dem Antrage des Verteidigers auf Bewährungsfrist gab das Gericht infolgedessen statt, als es die Frist von dem Erlaß des angeordneten Schadens und der Zahlung einer Buße von 100 M. abhängig machte.

Mit diesem Urteil lohnte ein Student Grömann ihm erwiesene Gastfreundschaft. Ein Herr aus Hohenheim lernte den jungen Mann, der Band und Mühe trug, in einem Café kennen, kam mit ihm in eine längere Unterhaltung und lud ihn in seine Wohnung ein. Die Besuche wiederholten sich einige Male, bis der Gast eines Tages, als der Gastgeber in seiner Gegenwart einen Schrank öffnete, darin eine größere Summe Geldes liegen sah. In einem unbewachten Augenblick nahm er dieses Geld, mehrere tausend Goldmark in englischen und amerikanischen Noten und Rentenmarkstücken an sich und verschwand damit. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß der Dieb in einem kleinen Hotel in der Bernburger Straße, in dem er wohnte, seine wertigen Sachen im Stich gelassen und das Weite gesucht hat.

Zur Neuregelung des Rundfunks.

Die Neuregelung des Unterhaltungs-Rundfunks ist nunmehr auch im Amtsblatt des Reichspostministeriums veröffentlicht worden. Danach müssen also bis zum 16. April alle Funkanlagen bei der zuständigen Postanstalt angemeldet werden.

Die Gebühr für den Privatgebrauch von Unterhaltungs-Rundfunk-Empfangsanlagen wird mit sofortiger Wirkung auf jährlich 24 M. herabgesetzt. Einzuweisen ist die Genehmigung nach den bisherigen Bestimmungen, jedoch für 1 Monat gegen Entrichtung von 2 M., zu erteilen. Kürzliche kann die Gebühr allgemein in monatlichen Teilbeträgen entrichtet werden, die in der Art des Zeitungsbezugsgebühres durch das Zustellpersonal eingezogen werden sollen. Hierüber folgt noch nähere Bestimmung. Für die Teilnahme an Unterhaltungs-Rundfunk wird es künftig folgende Möglichkeiten geben, worüber noch nähere Bestimmungen erlassen werden:

1. Wie bisher als Rundfunkteilnehmer mit Apparaten, die von der R.F.B. zugelassen und gestempelt sind. Die nachträgliche Stempelung von bereits in den Händen des Publikums befindlichen, technisch einwandfreien Apparaten wird möglichst erleichtert werden.

2. Für jedermann mit selbstgekauften Empfangsanordnungen ohne Audion- und Verstärkerrohren.

3. Auf Grund der Audion-Verfuchserlaubnis mit bestehenden Apparaten, sofern sie die technischen Vorschriften erfüllen, die im wesentlichen darin bestehen werden, daß das Ausstrahlen von Schwingungen verhindert wird. Die Audion-Verfuchserlaubnis wird an Personen mit ausreichenden technischen Vorkenntnissen erteilt werden, a) durch Vermittlung der anerkannten Vereine der Funkfreunde, b) durch die R.F.B. unmittelbar an Forscher, Beamte der R.F.B. und sonstiger Reichs- und Landesverwaltungen.

Die Gebühr für die Teilnahme an Unterhaltungs-Rundfunk wird für alle drei vorbeschriebenen Möglichkeiten gleichmäßig 2 M. monatlich betragen und durch die Postämter eingezogen werden. Die verwaltungsmäßige Behandlung der Anträge auf Erteilung der Genehmigung wird weitgehend erleichtert werden.

Wfo auch für selbstgebaute Apparate jeder Art ist die Gebühr von 2 M. monatlich zu zahlen.

Das Durchsuchungsrecht der Polizei (§ 5) ist erweitert worden. Beauftragte der R.F.B., die sich an einer polizeilichen Durchsuchung nach § 5 Abs. 2 beteiligen, genießen denselben rechtlichen Schutz wie die polizeilichen Durchsuchungsorgane selbst. Durchsuchungen auf Grund des § 5 finden den begründeten Verdacht einer strafbaren Verletzung der Paragrafen 1, 2 der Verordnung voraus. Diese Voraussetzung wird bei Inhabern von Genehmigungsurkunden nur unter besonderen Umständen gegeben sein. Bei diesen wird daher eine Durchsuchung aus § 5 in der Regel nicht in Betracht kommen können. Zur Vermeidung von Mißbräuchen wird es sich empfehlen, mit den örtlich zuständigen Staatsanwaltschaften und Polizeiorganen sich darüber zu verständigen, daß Durchsuchungen aus § 5 nicht ohne Zuziehung der Telegraphenverwaltung vorzunehmen sind.

Der erste Landesverratsprozess vor dem Kammergericht.

Der mit der Aburteilung von Landesverratsprozessen durch die Neuordnung beauftragte erste Strafsenat des Kammergerichts hielt seine erste Sitzung ab. Wegen Landesverrats waren angeklagt der Kaufmann Paul Priebe und dessen Ehefrau Erna. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Frau Priebe hatte sich auf Verurteilung ihres Ehemannes nach der Ruhrbefehlsung an Angehörige der Reichswehr herangemacht, um Nachrichten über die Instruktionen zu erhalten. Priebe stand mit einer ausländischen Macht in Verbindung. Die Angeklagten wurden durch die Rechtsanwältin Schönberg und Dr. Brod verteidigt. Das Urteil lautete gegen Paul Priebe auf 6 Jahre Zuchthaus, 300 M. Geldstrafe und 10 Jahre Ehrverlust, gegen Frau Priebe auf 2 Jahre Gefängnis und 50 M. Geldstrafe. Den Angeklagten wurden je 11 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Angestellten und Reichstagswahlen.

So lautete das Thema, über das der Genosse Künstler und die Genossin Clara Bohm-Schuch in einer sozialdemokratischen Wählerversammlung referierten. Genosse Künstler schilderte die Stärkeverhältnisse der Parteien im Reichstag und kam dann auf den Reichstagskonflikt zu sprechen, der in den ökonomischen Verhältnissen begründet liegt. Weil die Sozialdemokratie im Parlament Anträge stellte, die die sozialpolitischen Forderungen und Rechte der Gesamtarbeiterschaft schützen sollten, wurde der Reichstag aufgelöst. Die gesamten bürgerlichen Parteien setzten darüber, aber sie hielten sich, die demagogische Wahlmanöver einzusetzen. Alle Kopf- und Handarbeiter müssen in freier Solidarität im kommenden Wahlkampf zusammenstehen für Neubildung und Sozialismus. Genossin Clara Bohm-Schuch appellierte mit warmen Worten an die Einsicht der weiblichen Angehörigen. Für sie gilt es besonders, die Augen offen zu halten, um am 4. Mai nicht die eigenen wirtschaftlichen Interessen zu wählen. Die Diskussion bewegte sich im Sinne der Referenten, und der geschlossene Wille der Versammlung, mit ganzer Kraft in den Wahlkampf zu ziehen, kam unzweideutig zum Ausdruck.

Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer für 1924.

Nach der zweiten Steuernotverordnung sind eine Reihe von Steuerpflichtigen verpflichtet, nach Ablauf eines jeweiligen Kalendermonats Vorauszahlungen abzugeben und Vorauszahlungen für 1924 zu entrichten.

Bis zum 10. April 1924 sind zur Entrichtung von Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer und zur Abgabe von Vorauszahlungen ohne besondere Aufforderung verpflichtet:

Personen, die im abgelaufenen Kalendermonatsjahr (1. Januar bis 31. März 1924) Einkünfte aus Gewerbebetrieb, Vermietung und Verpachtung, freiem Beruf und anderer selbständiger Arbeit und aus sonstigen Einnahmen (z. B. Renten, Spekulationsgewinne) bezogen haben, wenn die Betriebseinnahmen oder Einnahmen insgesamt mehr als 500 M. betragen haben. Ferner Lohnsteuerpflichtige, wenn sie im gleichen Zeitraum nur Arbeitslohn von mehr als 2200 M. oder Arbeitslohn und Einkünfte der obenbezeichneten Art von zusammen mehr als 2000 M. bezogen haben. Endlich auch offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften für ihre Gesellschafter, Kommandaristen usw., wenn die Betriebseinnahmen mehr als 500 M. betragen haben und für persönllichpflichtige Erwerbseinkünfte, wenn die Betriebseinnahmen mehr als 500 M. betragen haben. Zur Abgabe einer Vorauszahlung ist außerdem jeder verpflichtet, wer hierzu vom Finanzamt besonders aufgefordert wird. Die Aufforderung kann sich auch auf die Höhe des Verbrauchs erstrecken. Nähere Auskünfte erteilen die Finanzämter.

Öffentliche Wählerversammlungen

heute, Freitag, den 4. April, abends 7 1/2 Uhr:

Spandau: Konordia-Säle, Klosterstraße 13/15. Referent: Dr. Rud. Breitfeld.

Steglitz: Paulsen-Gymnasium, Arndtstraße. Referent: Dr. Paul Levi.

Niederhörnweide: Aula Mädchenschule, Berliner Straße. Referent: Eduard Bernstein.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Der Kampf um den neuen Reichstag!

Die erste Berliner Frühjahrs-Briefmarkenmesse nahm gestern Nachmittag im „Reingold“ bei Beteiligung von etwa 40 Händlern ihren Anfang. Das Interesse des Sommerpublikums war schon in den ersten Stunden über Erwarten groß und zeigte sich in lebhaften Geschäftsumsätzen. Es gelangten eine größere Anzahl bemerkenswerter Sammelpezantitäten zum Angebot. Auch hochinteressante Oberstufenwerte sind vorhanden, sowie allerlei Abarten von Danziger Ausgaben. Der Traum der Sammler „3 Pfennig Sachsen“ ist in mehreren Exemplaren erhältlich, desgleichen alte Braunschweiger und Oldenburger Werte, sowie die „Bafeler Lauben“. — Die Messe ist bis einschließlich 5. April täglich von 2 bis 10 Uhr abends geöffnet.

Wieder ein Tollwutfall. Die 14 Jahre alte Hertha Besside, Rariendörfer, Schmermer Str. 73, wurde gestern von einer Bullbombe angefallen und gebissen. Der vom Robertverband angelegte Arzt veranlaßte, da anheftend Tollwutverdacht vorliegt, die sofortige Schußimpfung der Verletzten. Das zuständige Polizeirevier hat den Abtransport des tollwutverdächtigen Tieres nach dem Lanthofer Depot veranlaßt. Das Ergebnis der eingeleiteten Untersuchung wird sofort der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.

Kein affizier Reichswehrpflichtiger. Offizijs wird die Meldung demontiert, daß sich unter den Verhafteten bei dem Zwischenfall am Mittwoch vormittag am Anhalter Bahnhof im Anschluß an die Trauerfeier für den Ruhrangefangenen Willi Dreger ein affizier Reichswehrpflichtiger in Zivil befunden habe.

Feuer auf einem Pilgerdampfer. Einer Blut-Redung aus Port Sudan zufolge ist auf dem britischen Dampfer Transestan, der mit 1200 mohammedanischen Pilgern nach Suddah unterwegs war, Feuer ausgebrochen. Mehrere Fahrzeuge sind zur Hilfeleistung abgegangen.

Das Linsen-Theater, die populäre Lichtbildbühne des Südostens, hat sich mit den Elliesängern soeben ein äußerst ansprechendes und unterhaltendes Programm zugelegt. Man macht sich keine Vorstellung von der Beherrschung, die diese Sängerin genießt. Raum trat sie an ihrem Abendabend auf die Bühne, brachte es nur so von Blumenküssen, Blumensträußen und Rosenkränzen. Reichlich waren unter diesem „Kühnheitsgemälde“ allerlei andere noch weit schönere Sachen verborgen, mit denen ein moderner Sänger seine Reize schmückt. Und die Herzen erwießen sich dankbar. Einzelne wie im gemeinsamen Gesange lobten und brachten sie alle die guten Dinge, von denen empfindsame Männer, bly, Altmanns- und Krause- hym. Mädchenherzen heute und in aller Zukunft schmücken werden. Manchmal tönte es jählich-wachmütig, manchmal trüblich-tes und man muß sagen, diese Elliesänger verdienen ihre Kunst. Auch einen wunderschönen Film „Mutter Donna — Bote Rhein“ gab es, der mit vollem Recht die Einheit und Zusammengehörigkeit von Deutschland und Österreich pries. Sehr sympathisch herrschte es, daß sich alle Darbietungen von nationalitätlichen Anbiederungen fernhielten. Und wie gefagt, das volle dankbare Haus feierte seinen Leistungen zu.

Eine Aufführung der Antigone des Sophokles findet am Mittwoch, den 31. April, in der Sophienschule, Riemmelstraße 16/17, durch die Schiller-Gesellschaft statt. Karten an der Abendkasse. Beginn 7 1/2 Uhr.

Im Zoologischen Garten findet täglich an den Eingangstufen der Versuch von Deuterlarven statt. Die Karten berechtigen zum Eintritt vom 1. Oktober bis 30. September. Preis für Erwachsene 30 M., Kinder unter 16 Jahren die Hälfte.

Wdhung, Ferienkafende! Genossinnen und Genossen, die sich für die Ferienfrage interessieren, werden zu einer Aussprache am Sonntag, den 6. April, vorm. 1/10 Uhr, nach Niederhörnweide, Rindstraße 15 (Neel. R. 21561, 5 Minuten vom Bahnh. Niederhörnweide) eingeladen.

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 4. April.

Tagesintellung Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorkörse. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.06 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.

4.30—6 Uhr: Unterhaltungsmaik. 7—7.30 Uhr: Praktische Berufsfragen: Oberstudienrat Prof. Dr. Hildebrand: „Was sollen meine Kinder werden?“ 8.30 Uhr: 1. „O del mio dolce ardor“ von Stradella (Konzertsängerin Pauline Bobert). 2. Serenade für Flöte, Violine und Viola von Beethoven (Erwin Höhne, Flöte; Nicolas Lambinon, Violine; Frida Mosheim, Viola). 3. Zwei Lieder mit Viola von Brahms (Konzertsängerin Pauline Bobert). 4. Quartett für Flöte, Violine, Viola und Cello von W. A. Mozart (Erwin Höhne, Flöte; Nicolas Lambinon, Violine; Frida Mosheim, Viola; Hermann Hopf, Cello). Am Flügel: Kapellmeister Otto Urack.

Jugendwandern und Jugendherbergen. In den letzten Jahren haben sich die nördlichen Jugendämter besonders der Jugendwanderungen angenommen. In vielen Stellen des deutschen Reiches entstanden Jugendherbergen, um unseren Kindern und Wäldern für die Nacht Obdach zu gewähren. Auch das Jugendamt des Bezirkes Trepow ist bemüht, auf diesem Gebiet Gutes zu leisten. Die Jugend des Bezirkes Trepow soll sich drauhen in der Ferne eigene Herbergen schaffen oder aber an dem Ausbau vorhandener mitwirken. Zur Vertiefung des Jugendwanderns und Schätzung des deutschen Jugendherbergsvereins veranstaltet das Jugendamt Trepow am Sonntag, den 6. April, vom 9 1/2 Uhr, im Säulsaal Riederhörnweide, Paffelwälder Straße, eine Vorführung des neuen Films „36 Jahre in die Welt“. Diefige Jugendvereine haben ihre Mitwirkung zugesagt. Der billige Eintrittspreis von 25 Pf. ermöglicht es jedermann, an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Einen Ausbildungslehrgang für Leiter von Jugendpielen veranstaltet der Ortsausschuß für Jugendpflege und Selbstbehaltung im Bezirk Trepow. Es werden alle Bewegungsspiele von Herr erarbeitet. Die Teilnehmergebühren von 2 M. für den ganzen Lehrgang (zweimal Dienstadt und viermal Sonntagsvormittag) ist am ersten Abend, Dienstag, 8. April, abends 7 Uhr, in der Turnhalle Dorothienstr. 12 (Hf. Friedländer) zu hinterlegen.

Der Verein „Nymphäna alba“, Verein für Aquarienkunde, veranstaltet am Freitag, den 4. April, abends 8 Uhr, in seinem Lokal Jang, Wasserbeckerstr. 31, einen Demonstrationsvortrag: „Einrichtung und Bedeutung eines Aquariums“. Eintritt frei. Gäste herzlich willkommen.

Bezirksbildungsanschuß Groß-Berlin. Die am Sonnabend, den 5. April, im Sitzungssaal des Parteiverbandes stattfindende Vorführung des Films „Der 4. Mai bringt die Entscheidung“ und des Lichtbildvortrages „Ben wählen wir“ findet nicht am 5. Uhr nachmittags, sondern erst um 7 Uhr abends statt.

Die erste jahresprozentige Gold-Schuldverschreibung von Hypothekendarlehen. Die Deutsche Zentral-Bankendedit-Vereinigung veröffentlicht in der vorliegenden Zeitung einen Hinweis auf die bis einschließlich 12. April stattfindende Zeichnung auf ihre neuen wertbeständigen 10 v. H. Gold-Schuldverschreibungen, deren Zulassung an der Berliner Börse beantragt wird.

Zinken des Hochwassers im Weichselgebiet.

Die Polnische Telegraphen-Agentur meldet über die gegenwärtige Hochwasserlage im Stromgebiet der Weichsel und der Warthe: Der Wasserstand der Weichsel bei Warschau ist neuerdings wieder um 25 Zentimeter gefallen und weist weiterhin ein sinkendes Maß auf. Das Wasser nimmt in den überschwemmten Stadtteilen Warschaws ab. Lediglich in den umliegenden Dörfern ist die Lage im allgemeinen unverändert. In Bromberg sind durch das Austreten der Weichsel beträchtliche Schäden angerichtet worden. Die Ortschaft Orzechowo ist überschwemmt. Sämtliche Häuser stehen unter Wasser. Desgleichen ist die Alt- und die Neustadt von Thorn überschwemmt. In der Kirche steht das Wasser jirka einen Meter hoch. Im Gebiete der Freien Stadt Danzig ist die Hochwasserlage nach einem Bericht des Danziger Reichsamtes bei weiter fallendem Wasserstande unverändert. Seit Montag ist der Wasserpiegel im allgemeinen um fast einen Meter gefallen. Der Wasserstand am Danziger Beget ist seit Montag um etwa einen halben Meter gefallen.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

1. Kreis Prenzlauer Berg. Abteilungsleiter! Die Plakatstellen sowie die Plakate für die Wählerlisten sind abends 7 1/2 Uhr (heute) abzuholen bei Frau. Prenzlauer Käse 159.
2. Kreis Wilmersdorf. Beginn der Nationalratswahl Freitag abends 8 Uhr in der Hindenburg-Oberrealschule, am Seepark, Gröbelsch.
3. Kreis Tiergarten. Sonnabend, den 5. April, 7 1/2 Uhr, erweiterte Kreisversammlung bei Träger, Puffstraße 10.
4. Kreis Kreuzberg. Die Debatte des Kreises treffen sich Sonnabend, den 5. April, 7 Uhr, bei Frau. Uchanski, 29. Schöneberg oder in Puff.
5. Kreis Charlottenburg. Neben 1. Sonnabend im Monat von 4—6 Uhr im Arbeiterbildungsverein, Kottbuscherstr. 4, a. 1. Str., Sport- und Kollonienklub der Freien Schulgemeinde. Auswahlsitzungen in allen Schulungsteilnehmern.
6. Kreis Schöneberg-Friedrichshagen. Wähler in Gruppen nehmen ab Sonnabend, den 5. April, nachmittags 3 Uhr. — Überabend bei Schöneberger Arbeitergruppen Sonnabend 8 Uhr im Rindchen Feuerstraße. Arbeiter-Schicht: „Die Selbstbehaltung des Rindchen“.
7. Kreis Prenzlauer Berg. Kreisversammlung bei Frau. Prenzlauer Käse 159.
8. Kreis Tiergarten. Kreisversammlung bei Frau. Prenzlauer Käse 159.
9. Kreis Kreuzberg. Kreisversammlung bei Frau. Prenzlauer Käse 159.
10. Kreis Charlottenburg. Kreisversammlung bei Frau. Prenzlauer Käse 159.
11. Kreis Schöneberg-Friedrichshagen. Kreisversammlung bei Frau. Prenzlauer Käse 159.
12. Kreis Prenzlauer Berg. Kreisversammlung bei Frau. Prenzlauer Käse 159.
13. Kreis Tiergarten. Kreisversammlung bei Frau. Prenzlauer Käse 159.
14. Kreis Kreuzberg. Kreisversammlung bei Frau. Prenzlauer Käse 159.
15. Kreis Charlottenburg. Kreisversammlung bei Frau. Prenzlauer Käse 159.
16. Kreis Schöneberg-Friedrichshagen. Kreisversammlung bei Frau. Prenzlauer Käse 159.

Heute, Freitag, den 4. April:

78. Vst. Schöneberg. Die angelegte Funktionärsschule findet umfänglich in der Turnhalle, den 7. April, 7 1/2 Uhr, bei Frau. Gebauer, 11. Bernstr.
81. Vst. Friedrichshagen. 8 Uhr erweiterte Kreisversammlung bei Frau. Prenzlauer Käse 159.

Frauenveranstaltungen am Freitag, den 4. April:

17. Vst. 7 1/2 Uhr in der Schulstraße, Prenzlauer Käse 159, Vortrag der Genossin Clara Bohm über „Genossenschaftliche Probleme“.
18. Vst. 7 1/2 Uhr im Programmklub, Rindstraße, Frauenversammlung, Thema: „Die Wohlfahrt der Frau“. Referent: Landtagsabgeordnete Genossin Eimen. Sehr willkommen.

Morgen, Sonnabend, den 5. April:

4. Vst. 7 1/2 Uhr Funktionärsschule bei Frau. Schilling, Ost-Magazinstraße.
7. Vst. 7 1/2 Uhr Funktionärsschule bei Frau. Schilling, Ost-Magazinstraße.
11. Vst. 7 1/2 Uhr Funktionärsschule bei Frau. Schilling, Ost-Magazinstraße.
13. Vst. 7 1/2 Uhr Funktionärsschule bei Frau. Schilling, Ost-Magazinstraße.
15. Vst. 7 1/2 Uhr Funktionärsschule bei Frau. Schilling, Ost-Magazinstraße.
16. Vst. 7 1/2 Uhr Funktionärsschule bei Frau. Schilling, Ost-Magazinstraße.



Zell-Schokolade

enthält die wichtigsten Grundstoffe der menschlichen Nahrung und ist somit ein ganz vorzügliches Nähr- und Kräftigungsmittel!

HARTWIG & VOGEL • A • G • DRESDEN

Gen.-Vertr.: Besser & Müller, Berlin S 61, Bärgstraße 69. Fernr.: Rufnummer 111

NERVOSE Gemüts- u. Sexualleiden

Dr. med. ROECKERATH

B-Platz C 19, Grünstraße 20. • Sprechzeit 3—4

Nur 4 Pfennig kostet MAGGI Fleischbrüh - Würfel

Achtung auf den Namen **MAGGI** und die rotgelbe Packung.

Einfach mit kochendem Wasser übergossen, erhält man kräftige Fleischbrühe zum Trinken und Kochen, zum Verbessern oder Verlängern von Suppen und Soßen aller Art.



HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

Verkauf soweit Vorrat

Rotwurst in Theat. Art 70 Pf.
Landl. Leberw. ... Pfund 75 Pf.
Stützurst ... Pfund 80 Pf.
Große Mettwurst ... 1 10
ff. Leberwurst ... Pfund 1 25
Mettwurst ... Pfund 1 30
Teewurst ... Pfund 1 45

Camembert Schachtel 16 Pf.
Romatourkäse ... 40 Pf.
Quadratkäse ... Pfund 40 Pf.
Dän Goudakäse ... Pfund 60 Pf.
Briekäse ... Pfund 65 Pf.
Edamer Käse ... Pfund 72 Pf.
Tilsiter Käse ... Pfund 65 Pf.

Freitag

Kieler Sprötten Pfund 55 Pf.	Schlei-Bücklinge Pfund 60 Pf.
Suppenhühner prima tota 1,70 Pfund	Geir. Kaninchen Pfund 36 Pf.
Dänischer Speck geräuchert 82 Pf. fett u. mager	Port. Oelsardinen Dose 42, 52, 72 Pf.

1921er Pürner der Rosenbr.
 1/2 Flasche 3 50
 1/4 Flasche 3 25

1922er Edelkoberer 1 00
 1/2 Flasche 9 00
1921er Al. l. rwal. Betten 2 25
 1/2 Flasche 21 00

Frisches Fleisch

Kalbskamm ... Pfund 65 Pf.
Kalbskeule ... Pfund 85 Pf.
Hammelvorderfleisch ... Pfund 65 Pf.
Hammeikeule ... Pfund 85 Pf.
Schweinebauch ohne Beilage, Pfund 95 Pf.
Schweineschulterblatt ... Pfund 95 Pf.
Schweineköpfe gepökelt, Pfund 36 Pf.

Gefrierfleisch

Ochsensuppenfleisch prima Pfund 50 Pf.
Ochsenschmorfleisch prima, u. so. Pfund 60 Pf.

Sonder-Angebot!
Orig.-Jacobiner-Likör 4 25 10 Flaschen
Jacobi, 1880 (Wambrand) 4 40 10 Flaschen
 einschliesslich Getränkesteuer
Rot. r. Johann. isbeere in 1 10 10 00 22 50
 1/2 Flasche 10 Pf. 25 Pf.

Sonnabend

Rinderfett ... Pfund 55 Pf.
Margarine ... 58 Pf.
Kokosfett ... Pfund 65 Pf.
Molk.-Butter ... 85 Pf.
Magermilch ... 40 Pf.
Vollmilch ... 50 Pf.
Landeier ... 1 75

Weizenmehl ... Pfund 16 Pf.
Auszugmehl ... 18 Pf.
Kartoffelmehl ... Pfund 18 Pf.
Rosinen ... Pfund 80 Pf.
Korinthen ... Pfund 80 Pf.
Sultaninen ... Pfund 85 Pf.
Süsse Mandeln ... Pfund 1 60

Verkauf soweit Vorrat

Frisch gebr. Kaffee Pfund 2 20	Kalif. Backobst Pfund 70 Pf.
Zweifrucht-Marmeladen Pflaumen Apfel mit ca. 60% Raffinade eingekocht	
5-Pfund-Eimer... 2 50	10-Pfund-Eimer... 4 50
Johannisbeer-Gelee 5-Pfund-Eimer... 4 80 10-Pfund-Eimer... 9 00	

Apfelwein Spezial 55 Pf.
1922er Dr. Kheimer 1 75
 10 Pf. 16 00 37 50

Sehr zu empfehlen!
Sonnengartner
 Spanischer roter Süsswein
 2 00 18 00

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
 Opernhaus
 7 1/2 Uhr: Ariadne auf Naxos
 Opernhaus
 am Königsplatz
 7 1/2 Uhr: Die Fledermaus
 Schauspielhaus
 7 1/2 Uhr: Die Schindler-Juden
 Schiller-Theater
 7 1/2 Uhr: Nora
 Deutsch-Theater
 7 Uhr: Hamlet
 Kammertheater
 8 Uhr: Unsere kleine Frau
 Gr. Schauspielhaus
 7 1/2 Uhr: Boccaccio
 Theater i. d. Königgrätzer Str.
 8 Uhr: Wenn der neue Wein blüht
 Komödienhaus
 8 Uhr: Zwei aus einer Familie
 Berliner Theater
 7 30 Uhr: Das Weib mit dem Purpur
 Theater am Nollendorfplatz
 7 30 Uhr: Die Perlen d. Cleopatra
 Kleines Theater
 Tägl. 8 Uhr
 Die Gegenkandidaten
 Komödie v. L. Flück
 Trianon-Theater
 Tägl. 8 Uhr
 Die nackte Tänzerin
 Lustig v. H. Lotzner
 Theater
Folies Caprice
 Dr. Ludw. Strobel
 Freitag 8 Uhr
 Premiere
Onkel Cohn
 Schenk von Hellwig
 mit Max Soma
SCADA
 Täglich 8 Uhr
 Internat. VARIÉTÉ
 Schatten-Wunder und Auslands-Sensationen
 Sonntag 3.30 zu halb Preisen das volle Programm

Große Volksoper im Theater des Westens
 7 1/2 Uhr: Boris Godunow
 Täglich 8 Uhr: Kammer-Oper
 8 1/2 Uhr: Die Fledermaus
 Täglich wechselnder Spielplan
Neues Operetten-Th.
 Täglich 7 1/2 Uhr
Die Guido Thielscher verlegte Nacht
 Operette v. Franz Arnold u. Ernst Bach
 Eine Blau- u. eine Rotkehlchen - Operette
 Camilla Spiro - Tony Tschick - Heide Cohn
 u. Leo Pankert - Berthold Kallig

Thalia-Theater
 Ferner Mpl. 440, 2718
 Dresdener Str. 72/73, Untergrundbahn
 Inselbrücke (Auss. Neue Poststr.)
 Täglich 8 Uhr
„Frasquita“
 Operette von Franz Lehár
 Albin von Ritterheim u. C. Hudep.
 Staatsop. Martha Serak a. P.
 Vorverkauf ab 10 Uhr ununterbr.

Luisen-Theater
 Reichenberger Straße 34.
 Ab 1. April 1924 ab 7 1/2 Uhr
 Sonntag 3 Uhr nachmittags
Die Original-Elite-Sänger
 Horst, Russell, Grüning, Schubert,
 Rief, Fantei und Bobby Walden
 in ihrem neuen vollständig. Programm

Central-Theater
 Direktion: Karl Heinz Wolff
 Alte Jakobstr. 30-32 (alte Schlossstr.)
 Täglich 8 Uhr
Der dumme August
 Musik von Rod. Götter

Apollo-Theater
 Täglich 7 1/2 Uhr
Die Abenteurerin
 Stolzenberg, Mestenberg,
 Gertr. Selin, Scho, Hirsch vom
 Staatstheater, Kistenmacher
 Sonnt. nachm. 3 Uhr: Johannisfeuer

Metropol-Variété
 Behrenstr. 51
 8 Uhr: Das unvergleichliche Variété-Programm
 10 1/2 Uhr: Radrennen (Home-trainer)
um den großen Osterpreis
 Half-horan - Verfolgungsrennen - Fliegerkampf
 Es starten u. a.: Willy Lorenz - Hahn, Arenz, Steibrink, Goll, Schrage, Tschmer
 Voranzeige: Montag, den 7. April:
Meyerfeld-Preis 500 GM.
 Kleine Preise

Residenz-Theater
 Täglich 8 Uhr
Die junge Welt
 Komödie v. Wedekind
Friedr. Wilhelmst. Th.
 Untergr. Sietm. str.
 Tägl. 8 Uhr
Der große Erfolg
Der Rabbi von Babel
 in erster Beizung
 über 50 Mitwirkende
WINTERGARTEN
 Variété-Spielplan
 Kaufmann gestaltet

Casino-Theater
 Lotzinger Str. 27.
 Tägl. 8 Uhr
Troie d. gr. Erfolger
 nur noch b. 17. April
Die Mail vom Steinhof
 Oper-Szene mit zwei Malern
Pannetts Martha
 im. Valentin in 4 Acten
Reichshallen-Theater
 Täglich 8 Uhr,
 Sonnt. nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
 Kompositionen im Opern-
Oönhoff-Breitl
 Anfang 8 Uhr
 Jeden 1. u. 16. neues Programm!

Kapitän-Kaufabak
 unerreicht im Wohlgeschmack. Nur echt mit Firmen-Steckel! In der meisten Geschäften käuflich. Für Wiederverkäufer durch C. Röcker, Berlin, Unterdenk. 11 (Tel. 3611)

Herrenkleiderfabrik

Jakobowicz & Levy G. m. b. H.,
 Berlin C2, Neue Friedrichstr. 65, 66 II
Verkauf an Private zu Engros-Preisen
 von Herren-Anzügen, Gabardine-Mänteln, Covercoats, Gummi-Mänteln, Sport-Anzügen.
 Verkaufzeit an Wochentagen von 2-7 Uhr
 am Sonnabend von 1-5 Uhr

Besonders wir kann sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamt-aufgabe des „Vorwärts“ und trotzdem billig!
Rauch 30% Kaffee-Mischung extra Pfd. 100
 stark nur 100
 Echt arabischer Mokka wieder eingetroffen Pfd. von 380 an.
 Gesüßte ganz und gemahlen. Rauch, nur Invalidenstr. 164, Brunnenstraße

Grosser Garderoben-Verkauf

zu billigen Preisen auf

Teilzahlung

Kleinste Anzahlung - Geringe Abzahlung

Herren- Anzüge, Mäntel, Paletots, Smokings, Cutaways, Hosen, Knaben-Anzüge, Regenmäntel

Damen- Kleider, Mäntel, Kostüme, Röcke, Strickjacken u. -Westen, Jumper, Regenmäntel

Bei uns erhält jeder Käufer die Ware sofort ausgehändigt.

Gebr. Kassner

Bülowstrasse 6, am Nollendorfplatz.

Kinderwagen



Klappwagen

in modernen Formen wegen Aufgabe dieses Artikels sehr preiswert

P. Radatz & Co.
 Ledergasse 5tr. 121/22
Tuchfabrik-Niederlage
H. Lamprecht
 Berlin-Treptow, Buchstr. 17 - liefert Stoffe für Damen und Herren zu Fabrikpreisen. Große Auswahl in allen modernen Farben & Mustern u. Qualitäten



Viel Feind = Viel Ehr!

Trotz aller Angriffe
 Bleibt sie was sie ist.

Die Qualitäts-Cigarette **DOTA Radio 2** Pf.

Bauarbeiter und Reichstagswahl.

Die deutsche Bauarbeiterschaft hat im letzten halben Jahre eine bittere Leidenszeit durchgemacht. Bis zu 90 Proz. der Berufsangehörigen waren in einzelnen Orten monatelang arbeitslos und auf die largen Säge der Erwerbslosenunterstützung angewiesen. Sie waren mit ihren Familien zu Entbehrungen verurteilt, wie sie sie größer selbst in den schlimmsten Kriegswintern nicht erlebt hatten.

Eine sachliche Notwendigkeit lag zu diesem wirtschaftlichen Elend hunderttausender Bauarbeiter und ihrer Familien nicht vor. Allein in Berlin fehlten im dritten Vierteljahr 1923 nach dem amtlichen „Gemeindeblatt“ 207 287 Wohnungen, in ganz Deutschland weit über eine Million. Mit der Erbauung dieser Wohnungen hätten die gesamten deutschen Bauarbeiter, selbst wenn es in Deutschland keine andere Bauarbeit gäbe, zwei bis drei Jahre vollauf zu tun. Es wäre nur notwendig, die Interessen der Bauarbeiter und die Interessen der Wohnungslosen — die gleichzeitig die Interessen der gesamten deutschen Mieter sind — nach den Vorschlägen der Sozialdemokratie auf gemeinschaftlicher Grundlage zum Ausgleich zu bringen. Mit einem Teil der Mietsteuer, die man jetzt zu völlig unproduktiven Zwecken erheben will, ließen sich dem Baumarkt in Form von niedrig verzinslichen Baugeldern und Hypotheken Milliarden zur Verfügung stellen. Mit der Behebung der Bautätigkeit wäre die gesamte deutsche Wirtschaft auf das Wohltätigste zu beeinflussen. Das aber ließ die Rücksicht auf die Interessen des Privatkapitals nicht zu. So legte man im Herbst vorigen Jahres die Wohnungsbautätigkeit zum größten Teil still und mit ihr die Tätigkeit der Baustoffindustrien und all der anderen Industrien und Gewerbe, die unmittelbar oder mittelbar vom Baugewerbe abhängig sind. Die Folge dieser Politik war, daß im Februar dieses Jahres 3 1/2 Millionen Arbeiterlosenscheine und 1 1/2 Millionen Kurzarbeiter, die mit ihren Familien ein Fünftel bis ein Sechstel des deutschen Volkes ausmachten, dem nackten Hunger ausgeliefert waren.

Soll diese Politik weiter getrieben werden? Sollen hunderttausende Bauarbeiter und Millionen anderer Arbeiter mit ihren Familien weiter hungern und darben, während gleichzeitig Millionen Deutscher ohne Wohnung sind, nur weil man sich zu einer gemeinschaftlichen Finanzierung des Wohnungsbaues nicht entschließen kann? Soll die Arbeitskraft von Millionen deutscher Arbeiter brach liegen, wo die Not unseres Volkes förmlich nach einer Steigerung der Erzeugung schreit?

Die privatkapitalistisch eingestellten Parteien verlangen den restlosen Abbau der Zwangswirtschaft und die volle Wiederherstellung der freien Wirtschaft auf dem Gebiete des Bau- und Wohnungswesens. Das bedeutete, wie auch Staatssekretär Scheidt vom preussischen Wohlfahrtsministerium ausführte, die Erhebung einer mindestens dreifachen Friedens-Goldmiete. Erst bei der Erhebung einer solchen Miete wäre bei den jetzigen hohen Zinssätzen für Bargeld und Hypotheken sowie bei den hohen Baustoffpreisen der Wohnungsbau auf privatkapitalistischer Grundlage rentabel. Selbst der Großbauunternehmer Haberland mußte zugeben, daß die Privatwirtschaft ohne öffentliche Hilfe jetzt keine Wohnungen bauen könne; er selbst würde sich hüten, jetzt Geld gegen einen geringen Zinssatz unter Mühe und Risiko in den Bauprojekt zu stecken, wo er mit seinem Geld gegen goldsichere Unterlagen 24 Proz. Zinsen ohne Arbeit verdienen könne.

Die Wiedereinführung der freien Wirtschaft im Bau- und Wohnungswesen bedeutete somit die völlige Erdrückung der Wohnungsbautätigkeit bis zu der Zeit, wo das Bauen durch Einführung einer dreifachen Friedensgoldmiete wieder rentabel wird oder wo Baustoffe, Baugelder und Hypotheken wieder zu Friedenspreisen zu haben sind. Damit würde das jetzige Elend der Bauarbeiter und der Wohnungslosen in gleichem Maße verlängert. Die Bauarbeiter wie die Wohnungslosen haben alle Ursache, bei der Reichstagswahl durch die Wahl von Sozialdemokraten mit dafür zu sorgen, daß das Wohnungs- und Arbeitslosenelend rücksichtslos bekämpft und beseitigt wird.

Zur Bekämpfung des Arbeitslosenelends kann in den nächsten Jahren neben dem Wohnungsbau auch die Kultivierung von Moor- und Oedlandereichen sowie die Bewahrung und Besiedelung des gewonnenen Kulturlandes beitragen. Die Förderung der hierzu im Gange befindlichen Bestrebungen durch das Reich ist um so notwendiger, als davon neben der Schaffung produktiver Arbeit auch eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung zu erwarten wäre. Wie wichtig dies nicht nur für die Bauarbeiter, sondern für das ganze deutsche Volk ist, ergibt sich aus dem von der deutschen Regierung herausgegebenen „Material für ein Studium

von Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen“, das im letzten Jahrzehnt einen gewaltigen Rückgang der Erntemengen, des Ernteertrages und damit notwendigerweise auch des Verbrauchs ausweist.

So sind beispielsweise im jetzigen Reichsgebiet von 1913 bis 1923 die Erntemengen für die einzelnen Getreidearten um 28,4 bis 63,6 Proz. zurückgegangen. In ähnlicher Weise ging der Ernteertrag je Hektar bei den einzelnen Getreidearten zurück. Der Viehstand hat in der gleichen Zeit bei Rindvieh um 11,7 und bei Schweinen um 34,9 Proz. abgenommen. Die aus beschlagnahmten Schlachtungen gewonnene Fleischmenge ging bei Ochsen um 57,2, bei Kühen um 29,3, bei Kälbern um 25,7 und bei Schweinen sogar um 65,8 Proz. zurück. Bei diesem Verhältnis ist es kein Wunder, daß auch der Fleischverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung von 43,15 Kilogramm auf 26,71 Kilogramm, also um 38,1 Proz. zurückgehen mußte. Da bei der ungeheuren Verschuldung Deutschlands und der Schwierigkeit des Absatzes unserer Industrieprodukte die Einfuhr ausländischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse in dem zu einer ausreichenden Ernährung des deutschen Volkes nötigen Umfange unmöglich ist, wird die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung durch Neusiedlung und Intensivierung der Landwirtschaft für unser Volk zur zwingenden Notwendigkeit. Bevor dieses Ziel erreicht ist, ist an die Zurückgewinnung der früheren Lebenshaltung der deutschen Arbeiterchaft nicht zu denken. Bis jetzt haben sich aber fast alle bürgerlichen Parteien einer energischen Siedlungstätigkeit, verbunden mit einer entschiedenen Bodenreform, hartnäckig widersetzt. Auch heute noch weigern sie sich, durch die Annahme des von der Sozialdemokratie verlangten Bodenreformgesetzes die Grundlage für eine gesunde Siedlungstätigkeit zu schaffen. Auch auf diesem Gebiete wird also der neue Reichstag wichtige Arbeit finden.

Neben diesen großen Fragen der Gegenwart, von deren glücklicher Lösung die Zukunft des deutschen Volkes in entscheidender Weise abhängt und an der die Bauarbeiterschaft in besonders hohem Maße interessiert ist, gibt es eine ganze Menge kleiner Fragen, deren zufriedenstellende Lösung die Bauarbeiter nur erwarten können, wenn sie eine starke sozialdemokratische Vertretung im Reichstag haben. Hierher gehört besonders die endgültige gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, die Gestaltung des Bauarbeiterlohnes, die Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge, die Verhinderung des weiteren Abbaues der Sozialpolitik, die weitere Demokratisierung der Wirtschaft, und nicht zuletzt eine gesunde Steuerpolitik, die dem Reich, den Ländern und Gemeinden auch die Wiederaufnahme der öffentlichen Bautätigkeit ermöglicht.

Die Regelung der Erwerbslosenunterstützung durch das Reichsarbeitsministerium hat in den Reihen der Bauarbeiter helle Empörung ausgelöst. Heute werden nicht nur Tiefbauarbeiten wie Kanäle, Meliorationen usw., die vor Jahresfrist als produktive Arbeiten begonnen wurden, zu Notstandsarbeiten gestempelt, sondern auch Wohnungsbauten als Notstandsarbeiten erklärt und für den halben Tariflohn mit den Unterstufungssätzen aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu Ende geführt. In Ansternburg hat man kürzlich Zimmerer, die seit einem Jahre für den Tariflohn an einem Kanalbau tätig waren, entlassen und von ihnen verlangt, daß sie vom anderen Tage an für eine wöchentliche Unterstufung von 8,04 M. aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge die bisherige Arbeit weiterleisten sollten. Gegen eine derartige Ausnutzung ihrer Notlage bedarf die Bauarbeiterschaft dringend ausreichender Sicherungen, die sie am ehesten erwarten kann, wenn die Sozialdemokratie im Reichstag stark vertreten ist.

Wegen der Regelung der Arbeitszeit steht die deutsche Bauarbeiterschaft möglicherweise unmittelbar vor einem großen Kampf. Die Unternehmer wollen ihr den zehn- bzw. den elfstündigen Tag aufzwingen zu einer Zeit, wo immer noch rund 70 Proz. aller Bauarbeiter arbeitslos sind. Die Bauarbeiter und ihre Verbände wehren sich dagegen mit aller Kraft. Sie werden aber einen dauernden Erfolg nur haben, wenn nicht das Scharfmachertum über eine Mehrheit im Reichstag verfügt und wenn sie selbst eine kräftige Vertretung im Reichstag haben.

Das Unternehmertum geht auf allen Gebieten der Wirtschaft und der Politik zum Abbau der Errungenschaften der Arbeiter und zur Stärkung seiner eigenen Macht über. Welchen Erfolg es dabei hat, wird von dem Ausfall der Reichstagswahl in hohem Maße abhängen. Für die Bauarbeiterschaft steht dabei Grobes auf dem Spiel. Ihre Lösung muß deshalb am Wahltag sein:

Alle Mann zur Wahl!
Alle Stimmen der Sozialdemokratie!
H. Eilinger.



Der Schädel kahl, der Magen rund,
die Seele schal und sonst gesund;
ihn zeugte Krieg mit Kapital,
er ist der Börse General;
er kalkuliert in grimmem Jurat:
wie nützlich diesen Augenblick
und mache aus der Wählerurne
den Sarg der deutschen Republik!

aufgezehrt wird. Die Kriegsoffer und insbesondere die Kriegsbekindnen dürfen nicht aufhören, ihre Rechte und Forderungen gegenüber dem Reich auf eine Beförderung, die sich den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen hat, geltend zu machen.

Heiligste Pflicht jedes gesunden und vor allem jedes zahlungsfähigen Staatsbürgers sollte es sein, die Opfer des Krieges in diesem Kampfe tatkräftig zu unterstützen. Hier darf es keine Gegenrede geben wie: die schlechte Finanzlage des Reiches läßt eine bessere Beförderung nicht zu. Die Sachwertbetreuer sind bis heute in vollständig ungenügender Weise zur Tragung der Lasten des Reiches herangezogen worden. Den Besatzungspolitikern und Kriegsherrn das sind gewöhnlich die Leute, die hinter der Front den Krieg mitmachen, rufe ich unter Hinweis auf eigene Erfahrungen Söldnerwort zu: „Sterben ist nichts, aber leben und nichts leben.“ — Sorgt in menschenwürdiger Weise zuerst für diejenigen, denen der Krieg Lebensstrände und Gesundheit genommen hat; die Beruf und Erziehung verloren haben. Ihr aber, 4 1/2 Millionen deutsche Kriegsoffer, denkt am 4. Mai an die Entrechtung, die Euch durch vollständig ungenügende Gegenleistung des Reiches, dem Ihr Eure Gesundheit geopfert, widerfahren ist.

Die Volksgemeinschaft.

Dies ist das neue Lösungswort des deutschen Unternehmertums. Ihre Organe, ihre Verbandstage verkünden die große Forderung der Zeit, die Schaffung einer echten Volksgemeinschaft. Im Namen der Volksgemeinschaft sollen die Arbeitszeit verlängert, die Löhne gedrückt, die gewerkschaftlichen Tarife ausgeschaltet und an deren Stelle der Vertriebspreis gesetzt, die staatliche Sozialpolitik aufgehoben werden und an deren Stelle eine militärische, aus der Seele des Volkes erwachene Selbstverwaltung treten.

So gelang es, einen schönen Deckmantel für die wirtschaftliche Reaktion zu schaffen. Es klingt aber wie blutiger Hohn, worüber einst der Geschichtsschreiber urteilen wird, wenn die Forderung einer Volksgemeinschaft als Gegensatz zur Sozialdemokratie aufgestellt wird, die sich der Vermischung dieser großen Idee entgegensetzt.

Der Sozialismus ist die einzige große Geistesströmung, die eine echte Volksgemeinschaft, die Solidarität aller Arbeitenden aufstellt, und sein Klassenkampf hat nur den einzigen Sinn, diese Gemeinschaft gegenüber dem Widerstand der kapitalistischen Kräfte aufbauen zu können.

„Theater von heute.“

Seit gestern morgen ruft das Wahlplakat der Deutschen Volkspartei jedem, der es lesen oder nicht lesen will, mit schwarzweißen Lettern zu: „Wählt die Währung! Wählt die Deutsche Volkspartei!“ Aber wer ist ein Reich? Man sollte den biederen Plakatanklebern Berlins einen Wahlvorbereitungskursus erteilen, wie sie die Aufrufe der DVP, der „nationalen Sache“ würdig anliehen. Was werden Gustav und Frau sagen, wenn sie ihre Bekannte durch einen ominösen Zufall verunziert sehen, was der Retiametrommler, der Wahlanschlag? ...

Damit ist nicht der scherzhafte Inhalt des Aufrufs gemeint, weil etwa die DVP. eine Rentenmark im Kleinfornat dem gläubigen Bürger vor die Augen hält, um im edlen Wettstreit mit den Deutschen Nationalen und Demokraten sich selbst der patentierten Erfindung der stabilisierten Mark zu bezichtigen. Nein, das wohnende Völkchen, das einem beim Anblick der Plakate durchs Gemüte zieht, hat der Umstand veranlaßt, daß als letzte Unterchrift unter dem ehrenwerten Namen der Deutschen Volkspartei die Theateranzeige überall in der Stadt plagierte wurde: „Theater von heute.“

Theater, Theater, Theater. Beim und Binsel des anonymen Anliebers haben ein gerechtes Urteil gefallt. Die Verlegenheit nach einer kräftigen Parole im Wahlkampf gegen die „rote Flut“ ist augenscheinlich groß gewesen, seitdem man selbst nach dem Hamoverschen Streittag nicht frei nach Schiller sagen kann: „Die Art im Haus — begrub der Stresemann.“ Wie war es vor dem doch so schön, einst in den Valentinstagen der DVP., die Befreiung von den roten Ketten dem deutschen Volke vorzureimen ...

„Von roten Ketten macht euch frei
Allein die Deutsche Volkspartei!“
Ach, wenn sie die noch hätten —
Die Legende der roten Ketten

Ernst Jäger.

Vergessen — Kriegsblind.

Wieder einmal ist die Stunde nahe, in der das deutsche Volk an die Wahlurne gerufen wird, um sich einen Reichstag, die Volksvertretung, neu zu wählen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß der gegenwärtige Wahlkampf in einer Schärfe wie nie zuvor geführt werden wird. Der Wahlkampf wird im Zeichen einer verständigen Erfüllungspolitik, der einzig vernünftigen Lösung der Frage der Wiedergutmachung gegenüber einem siegreichen Gegner, geführt werden.

Nicht allein gegenüber einem ehemaligen Feinde ist wieder zumachen, deutsches Volk, sondern auch gegenüber weissen Volkstreuen, die außer materiellen auch ideelle Schäden in hohem Maße erlitten haben. Erneut ist Dir, deutsches Volk, das Wohl und Wehe auch dieser Klasse mit dem Stimmzettel in die Hand gelegt. Denke an die 4 1/2 Jahre Krieg, wenn Dir aber die Erinnerung an dieses graufige Wortend entchwunden sein sollte, so sieh Dir die zurückgebliebenen Kriegsoffer an; erinnere Dich ihrer, die Du Gehör vergessen hast. Wer entsinnt sich heute noch der Kriegobeschädigten? Und wer noch des einst so mit besonderem Eifer geprägten Wortes: „Der Dank des Vaterlandes ist Euch gewiß“. Denke an die 3000 Volksgenossen, die im Kampfe für das Vaterland das Beste, was ein Mensch verlieren kann, die Augen, hingaben.

Not heißt Entbehrung. Wer aber muß mehr entbehren als diese Armen? Das Leben eines Kriegsblindens ist ein tagtägliches Verzicht; es ist und bleibt in ewige Nacht gefüllt. Mit einer gewissen Wehmut im Herzen vernehme ich einst, daß die Dunkelheit für Sträflinge aufgehoben worden ist, wahrscheinlich, weil diese Art der Bestrafung zu mittelalterlich, zu barbarisch ist. Wer aber gibt den Kriegsblindens das zum Leben so unentbehrliche Licht wieder? Kein Mensch ist in der Lage, hier vollständig wieder gut zu machen. Das Los eines Kriegsblindens ist bedeutend schwerer zu ertragen, als das eines im frühen Lebensalter Erblindeten. Der Kriegsblinde hat, zu Zeiten, da er noch ein Augenlicht befaß, die Schönheiten der Natur kennen und schätzen gelernt; er hatte seinen Beruf und eine gesicherte Existenz; das alles ist dahin, gepfeift im Kampfe um das Vaterland.

Wie sieht nun der Dank des Vaterlandes aus? Ganze 56,00 M. sogenannte „Versorgungsgebührrnisse“ erhält ein verheirateter Kriegsblinder, sofern es ihm noch möglich ist, ein monatliches Einkommen über 37 M. zu verdienen. Bei einem monatlichen Einkommen unter 37 M. bis 25 M. würden sich diese sogenannten Versorgungsgebührrnisse um 15 M., bei einem monatlichen Einkommen unter 25 M. um 30 M. erhöhen. Inzwischen wird aber fund getan, daß sich die Versorgungsgebührrnisse ab 1. April erhöhen, doch hat, da kommt auch schon die Meldung von der Mietsteuer, wodurch die Erhöhung der Versorgungsgebührrnisse vollständig wieder

Wirtschaft

Der Börsenkrach in Wien.

Unser Wiener Korrespondent schreibt uns:

In den Berichten an seine Auftraggeber hat der Generalkommissar Zimmermann im vorigen Jahre immer wieder als Zeichen der fortschreitenden Sanierung Oesterreichs die gute Börsenkonzunktur angeführt. Aber vor einem halben Jahre sind die Kurse der Effekten stabil geworden und seit einem Vierteljahre gehen sie zurück, und jetzt ist der Krach da und Heulen und Zähneklappern an Stelle des früheren Jubels.

Aber weder das Steigen der Kurse noch der Krach hängen im wesentlichen mit der Sanierung zusammen. Die ersten Kurssteigerungen begannen schon lange vor der Sanierung, damals, als der Finanzminister Gärtner die Börse aufforderte, nicht Devisen, sondern die entwerteten Effekten zu kaufen. Die eigentliche Börsenhausse ging aber erst mit dem Beginn der Ruhrbelegung vor sich, als Deutschland aus der Weltwirtschaft ausgeschlossen und dafür Oesterreich mit seiner eben stabilisierten Krone ein günstiges Objekt für Anlage ausländischen Kapitals wurde. Daß die ausländischen Kapitalisten die österreichischen Papiere noch immer weit unter dem Wert erhielten, hat diesen Prozeß natürlich nur beschleunigt. Ein Rückschlag setzte erst ein, als der deutsche Zusammenbruch auch die österreichische Wirtschaft in Mitleidenschaft zu ziehen drohte. In den letzten Monaten sind alle Papiere stark zurückgegangen, was jedenfalls nicht darauf zurückzuführen war, daß sie durch die letzten Kurssteigerungen schon ihren wirklichen Wert überschritten hatten, sondern ausschließlich Spekulationsgründe hat. Die österreichische Kontermine, die eifrig am Werke war, wurde da auch vom Ausland unterstützt. So ist es unzweifelhaft, daß der Angriff, der in der letzten Zeit gegen die tschechische Krone unternommen wurde, auch die Kurse der österreichischen Effekten ins Wanken gebracht hat. Die tschechoslowakischen Banken, die den Angriff ausführten, haben in Oesterreich Effekten gegen Devisen verkauft und so die Kurse erschüttert. Ähnlich hat auch der Kurssturz der ungarischen Krone gewirkt, an dem österreichische wie ungarische Banken getreulich zusammengewirkt und verdienten.

Aber den entscheidenden Schlag hat die Wiener Börse durch die Frankpekulation erhalten. Die österreichischen Börsenhäuser hatten beim Sturz der österreichischen Krone ihre Sporen verdient, sie hatten, als die Markt zu stürzen begann, Berlin überflutet und waren schwer reich von dort zurückgekommen. Sie haben am Sturz der ungarischen Krone verdient und sie haben auch am französischen Frank verdient, solange er fiel. Allerdings ist dieser Verdienst rasch zu nichts geworden, als der Frank plötzlich zu steigen begann. So sehr waren die Wiener Börsenhäuser an der Kontermine engagiert, daß man von 1 1/2 bis 2 Billionen Kronen Verlusten spricht, die sie an diesem Geschäft erlitten haben. Aber außer den Häusern waren auch zahlreiche von ihnen verführte Einzelpersonen und vor allem auch Industrielle zu Schaden gekommen, die Waren gegen Frank gekauft hatten. Im ersten Augenblick befürchtete man ein Massensterben namentlich unter den vielen kleinen Banken, aber schließlich haben sich die Banken zusammengeschlossen, um eine Stützungsaktion zu unternehmen, damit nicht einzelne gar zu stark beteiligte Institute die Börse deroutieren, indem sie zuviel Papiere auf den Markt werfen.

Auch die Regierung, die während der ganzen Zeit nichts gegen die Frankpekulation unternommen hat, hat ihr Herz für die

aynen Börseaner entbedt und, um sie halbwegs schadlos zu halten, die Effektenumsatzsteuer herabgesetzt und zugleich auch einen Gesetzentwurf über die Herabsetzung der Erwerbssteuer der Aktiengesellschaften angekündigt.

In der Tat hat das die Börse beruhigt und die Kurse sind wieder gestiegen; denn die Börse vertraut auf die christliche und soziale Regierung, daß sie sie nicht zu Schaden kommen lassen wird.

Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage im März.

Erst jetzt erstattet das „Reichsarbeitsblatt“ seinen zusammenfassenden Bericht über den deutschen Arbeitsmarkt im Monat Februar und Anfang März.

Die Arbeitsmarktstatistiken zeigen danach übereinstimmend eine weitere Besserung der Lage des Arbeitsmarktes im Februar. Die Schwierigkeiten, die sich einer endgültigen Wiederaufrichtung der deutschen Volkswirtschaft entgegenstellten, machten sich besonders für die Schwerindustrie aber noch so stark geltend, daß nur eine geringe Erleichterung der Gesamtfrage festzustellen ist. In weiten Teilen Deutschlands haben, wie sich aus dem Mitgliederstand der Krankenkassen ergibt, Bergbau, Metall- und Maschinenindustrie, sowie elektrische und chemische Industrie im allgemeinen die rückläufige Bewegung noch nicht überwunden. Die Gesamtzunahme der Anzahl der Beschäftigten, namentlich der Arbeiterinnen, die gleichwohl insgesamt im Reich zu verzeichnen ist, geht im unbeschriebenen Gebiet auf die Belebung des Inlandsmarktes bei den Industrien zurück, die Gegenstände von weniger bedeutendem Anschaffungswert herstellen.

Die Krankenkassenstatistik ergibt eine Zunahme der Versicherungspflichtigen bei 4374 Kassen (im Vormonat 4062 Kassen) von 9 325 015 am 1. Februar 1924 auf 9 686 510 am 1. März, mithin um 161 495 oder 1,7 Proz. Im Vormonat war dagegen noch eine Abnahme um 1,6 Proz. zu verzeichnen.

Nach den Feststellungen über die Arbeitslosigkeit in den Arbeiterfachverbänden setzte sich die für Januar erhaltene wieder heraustratende Besserung auch im Berichtsmonat fort. In den 34 berichtenden Verbänden wurden 4,29 Millionen Mitglieder durch die Berichterstattung erfasst, und unter diesen wurden 1 052 300 Arbeitslose gezählt. Die Arbeitslosenziffer ist danach von 26,5 auf 25,1 Proz. herabgegangen.

Auch die Kurzarbeit ist nach den Feststellungen der Fachverbände weiter zurückgegangen. Es wurde von 29 Verbänden über 3,6 Millionen Mitglieder Bericht erstattet. Unter ihnen waren 620 940 von Kurzarbeit betroffen oder 17,1 Proz. (im Vormonat 23,4 Proz.).

Die Inanspruchnahme der Erwerbslosenfürsorge hat nach den statistischen Mitteilungen bis Mitte März einen weiteren Rückgang erfahren. Es wurde im unbeschriebenen Deutschland am 15. Februar 1 307 035 Vollerwerbslose unterstützt. Die Zahl ging bis zum 1. März um 10,3 Proz., bis Mitte März weiter um 15,7 Proz. auf 985 752 zurück.

Die Anzahl der unterstützten Kurzarbeiter betrug Mitte Februar 251 550, am 15. März sogar nur 90 133; dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß dieser Rückgang nur zum Teil auf die wirtschaftliche Besserung, zum andern Teil auf die Einschränkung der Kurzarbeiterunterstützung zurückzuführen ist.

Auch aus der Arbeitsnachweisstatistik ist eine weitere Besserung abzulesen. Die günstigere Lage des Arbeitsmarktes ist besonders aus der Zunahme des Angebots offener Stellen um 14 Proz. zu entnehmen. Die Arbeitsmöglichkeit verbesserte sich wesentlich, da das Angebot von Arbeitskräften sich nicht ebenfalls erhöhte, sondern um fast 4 Proz. schwächer wurde. Insbesondere ist die Nachfrage nach männlichen Arbeitskräften gestiegen — sie erhöhte sich um etwas über 20 Proz., verglichen mit dem Monat Januar. Die Gesamtandrangsziffer sank von 614 Arbeitsgesuchen auf je 100 offene Stellen im Januar auf 545 im Februar.

Für die Männer verminderte sie sich von 936 auf 770, für Frauen und Mädchen von 301 auf 230. Diese Andrangsziffern — 77 männliche Arbeitsuchende auf ein Stellenangebot im Februar — zeigen, daß die Wirtschaftslage noch immer im Stadium einer heftigen Krise sich befindet.

Anhaltende Besserung der industriellen Konjunktur.

Im März machte nach den Berichten, die die preussischen Handelskammern dem Handelsministerium erstatteten, die Wirtschaftslage weiter langsame Fortschritte. Ueberall traten vermehrte Arbeitsleistungen ein, die nur hin und wieder durch Teilstreiks unterbrochen wurden. Die Arbeitslosenziffer ging zurück. Auch die Rheinisch-Westfälische Eisenindustrie nahm an der Besserung teil, während der westliche Kohlenbergbau unter der Last der Ricum-Verträge sich noch nicht erholen konnte. Eine Rentabilität der Betriebe des besetzten Gebietes erscheint unter den jetzigen Verhältnissen ausgeschlossen. Der Kreditbedarf der Industrie verstärkt sich in zunehmendem Maße. Es wird gehofft, daß die Golddiskontbank, deren organisatorische und gesetzgeberische Arbeiten zum Abschluß gelangt sind, eine Erleichterung hierin bringen wird. Die Lösung des Reparationsproblems wird überall mit Spannung erwartet.

Steigende Großhandelspreise.

Die Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts hat sich von 120,8 am 25. März auf 122,0 am 1. April oder um 1,0 erhöht. Von den Hauptgruppen liegen in der gleichen Zeit die Lebensmittel auf 106,2 auf 107,7 oder um 1,4 v. H., davon die Gruppe Getreide und Kartoffel von 85,2 auf 88,9 oder um 4,3 Proz., die Industriestoffe von 148,1 auf 148,9 oder um 0,5 Proz. (Kohle und Eisen unverändert 139,0), ferner die Inlandswaren von 108,3 auf 109,8 oder um 1,2 Proz. und die Einfuhrwaren von 183,4 auf 184,3 oder um 0,5 Proz.

Für den Durchschnitt des Monats März ergibt sich eine Steigerung der Großhandelsindexziffer von 116,2 auf 120,7 oder um 3,9 Proz. Von den Hauptgruppen stiegen in der gleichen Zeit die Lebensmittel von 100,8 auf 106,4 oder um 5,6 Prozent, die Industriestoffe von 146,0 auf 147,4 oder um 1,7 Proz., die Inlandswaren von 104,1 auf 106,2 oder um 3,9 Proz. und die Einfuhrwaren von 176,3 auf 182,8 oder um 3,7 Proz.

Die Elektroindustrie im März. In der Elektrizitätsindustrie hat die Belegung im März weiter angehalten und sich teilweise noch verstärkt. Ein Teil des austretenden Bedarfs rührt davon her, daß die industriellen Abnehmer gezwungen sind, ihre Betriebe auf größere Wirtschaftlichkeit einzustellen. Im Vordergrund steht dabei das Bestreben besserer Verwertung der Kohle durch Vermittlung der Elektrizität. Straßen und Kleinbahnen sind infolge der Stabilisierung der Zahlungsmittel in bessere Verhältnisse gekommen und haben begonnen, wieder Aufträge zu erteilen. Auch Industriebahnen machen wieder Bestellungen, während auf dem Gebiete der elektrischen Vollbahnen keine nennenswerten Bestellungen vorliegen. Im Telegraphen- und Fernsprechwesen erfolgten mehrere Bestellungen seitens der Reichspost und Eisenbahn. Unbefriedigend ist die Lage auf dem Markt für elektrische Kohlenenergie.

Ihre Haut hungert

und friert! Unabsehbar sind die Folgen für Gesicht und Hände! KOMBELLA-CREME ernährt, nährt und schützt die Haut und erhält sie dauernd gesund, zart und jugendschön. Es gibt nichts Wirksameres als

KOMBELLA
KOMBELLA-CREME KOMBELLA EIFE

Durch seine eigenen orientalischen Bodens, der sich durch seine sprichwörtliche Fruchtbarkeit ganz besonders für hochqualifizierten Tabak eignet, ist mir eine intensive Bemühung zu den Rohstoffquellen für die Zigaretten eröffnet worden, wodurch selbst bei den niedrigsten Preislagen ein hochwertiges Mischung dem vornehmsten Raucher gewährleistet wird.



Ohne Mundstück
Mit Goldmundstück
Mit Korkmundstück

Bevor Sie Ihren Frühjahrsbedarf decken, besichtigen Sie unsere Verkaufsstellen

Wir führen:

Herren-Anzüge, Herren-Paletots, Manchester-Sport-Anzüge, Knaben- und Burschen-Konfektion, Herren-Hüte, Oberhemden, Krawatten, Mützen, Damen-Mäntel, sämtliche Schuhwaren für Damen, Herren und Kinder, Trikotagen, Strümpfe, Hemdentuche,
♦ ♦ Hemden- und Blusen-Flanelle, Linon für Bettwäsche, fertige Bettwäsche ♦ ♦

Nur Qualitätsware und doch billige Preise!

Bekleidungswerkstätte der Berliner Gewerkschaften

G. m. b. H.

Verkaufsstellen: Kottbuser Damm 88/89 / Zimmerstr. 68 / Sebastianstr. 37/38 / Engelufer 30 ♦ Verkaufszeit: 9 1/2 — 6 Uhr

